



Was erwartet Deutschlands Jugend von Europa?

Forderungen an die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Impressum

Autor: Hans-Jürgen Moritz

Redakteurin: Elisabeth Wisniewski

Projektleiter: Adam Nyman

Projektmanagerin: Viola Bianchetti

Projektassistentin: Caroline Will

Designerin: Elza Löw

© Friends of Europe (2020)

Mit Unterstützung durch



**OPEN SOCIETY
FOUNDATIONS**

Inhalt

Einleitung: 100 Stimmen für die Zukunft	2
10 Forderungen von 100 Stimmen	5
Zusammenfassung	8
Kapitel 1: Was muss Europa anpacken?	9
Kapitel 2: Informationsverhalten, Meinungsbildung und politisches Engagement	22
Kapitel 3: Die europäische Identität	30
Kapitel 4: Deutschlands Vergangenheit und Europas Zukunft	42
Fazit: Schicksalsfrage Klimawandel, Sorge um die Weltlage	52

Einleitung

100 Stimmen für die Zukunft

Junge Menschen wollen noch immer die Welt verändern, die klassische Parteipolitik und Wahlen können die Jüngeren jedoch kaum begeistern – ihre Teilhabe ist im Vergleich eher gering. Das bedeutet jedoch nicht, dass die junge Generation unpolitisch ist. Fridays for Future und Pulse of Europe sind Bewegungen, die politisches Interesse dokumentieren und verdeutlichen, welche Themen jungen Leuten wichtig sind. Europas Jugend ist politisch wie nie, davon profitieren aber nicht die großen Volksparteien. Vielmehr verschaffen sich Jugendliche über andere Wege Gehör; sie gehen auf die Straße, engagieren sich online und ehrenamtlich. Können sie aber so die politischen Entscheidungsträger erreichen?

Für die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 verpflichtete die deutsche Bundesregierung sich dazu, den Kampf gegen das Corona-Virus ebenso voranzubringen wie den wirtschaftlichen Wiederaufbau; Europa „widerstandsfähiger“ zu machen, ohne wichtige Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Digitalisierung zu vernachlässigen. „Die Erwartungen an Deutschland sind riesig, diese Führungsrolle als ehrlicher Makler anzunehmen“, beobachtete Bundesaußenminister Heiko Maas. Dabei sollten die politischen Entscheidungsträger auf die hören, die mit den Folgen der Weichenstellung leben werden: Europas Jugend.

Debating Europe gibt jungen Menschen eine Plattform, um Europas Zukunft zu diskutieren. Deshalb führten wir im Februar und März 2020 ausführliche Gespräche mit 100 Männern und Frauen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren mit unterschiedlichem beruflichen und Bildungshintergrund. Wir wollten wissen, welche Ängste und Hoffnungen diejenigen bewegen, die die

Zukunft gestalten werden: junge Leute in Deutschland, in Ausbildung, an der Schwelle zur Berufstätigkeit oder bereits mit eigener beruflicher Existenz. Der EU wünschen sie alles Gute, und sie sind bereit, daran mitzuarbeiten. Bei der Einschätzung der Entwicklung ihrer persönlichen Lebensumstände zeigen sie sich überzeugt, den Lebensstandard ihrer Eltern halten oder gar übertreffen zu können, wenn vielleicht auch mit Ausnahme der materiellen Sicherheit im Alter. Sie geben jedoch große Unzufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt, der Flüchtlingspolitik und der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands zu Protokoll, sowohl in Europa, der Welt als auch in Deutschland.

Wir fanden unsere interessierten Gesprächspartner in allen Teilen der Bundesrepublik, in Stadt und Land, in unterschiedlichsten Lebenssituationen; junge Eltern waren ebenso darunter wie Schulabgänger, Selbstständige, Auszubildende und Studenten. Unter ihren Bildungsabschlüssen überwiegt die Hochschulreife, die meisten von ihnen befinden sich im Studium oder haben es gerade abgeschlossen. Studiengänge mit politischem und wirtschaftlichem Schwerpunkt sind stark vertreten. Einige unserer Gesprächspartner haben eine bi-kulturelle Herkunft. Viele konnten Erfahrung im Ausland sammeln, sei es durch Reisen, Austauschprogramme für junge Berufstätige, Auslandssemester, freiwilliges soziales Engagement oder Erasmus-Programme.

Wir erwarteten bei den teilnehmenden jungen Menschen hohes politisches Interesse und wurden nicht enttäuscht. Die Gespräche in den von uns gebildeten Fokusgruppen eröffneten für die Teilnehmer die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch über ihre

verschiedenen gesellschafts- und europapolitischen Ansätze.

Grundlage der Diskussionen war eine Reihe von Fragen, die wir allen stellten: Welche Probleme sie umtreiben, wie sie sich informieren und die Möglichkeiten für politische Teilhabe beurteilen, was die EU für sie bedeutet, welche Bedrohungen ihr zu schaffen machen, welche Verantwortung Deutschland für die europäische Integration trägt. Einschätzungen der Befragten über die Verankerung einer europäischen Identität bei ihnen selbst und in der Bevölkerung sowie über die Entwicklungschancen der EU rundeten das Bild ab.

Während unserer Gespräche brachte die Corona-Pandemie die ganze Welt in Atemnot und führte zu einschneidenden Veränderungen der vorherigen Lebensbedingungen und sozialen Interaktionen. Die tatsächlichen Auswirkungen der Krise waren in den Debatten noch nicht eingepreist und konnten in ihrer Tragweite schwer vorhergesehen werden. Es zeichnete sich in ergänzenden Erhebungen mit Fragebögen eine Tendenz ab, Gesundheitsfragen mehr Bedeutung beizumessen. Dennoch war unseren Gesprächsteilnehmern bewusst, dass sich nicht nur ihr Alltag, sondern auch ihre Zukunftsaussichten durch die wirtschaftlichen Folgen der Krise verändern werden. Darüber hinaus befürchteten einige, dass die Corona-Krise andere wichtige Themen wie den Umweltschutz und die Lage von Flüchtlingen an den Grenzen Europas von der Tagesordnung verdrängen könnte.

Debating Europe erhielt Hunderttausende Kommentare

Unsere Fragen reflektieren Themen, die die Leserinnen und Leser unserer Online-Plattform Debating Europe bewegen. Mit ihr schaffen wir seit 2011 einen besseren Austausch zwischen Europas Entscheidungsträgern und den Bürgerinnen und Bürgern der EU. Dazu bringt Debating Europe Politiker und andere Führungskräfte in Kontakt mit unseren rund fünf Millionen Lesern. Diese liefern Fragen und Kommentare, die wir dann Experten und Funktionsträgern vorlegen. Mehr als 2.500 von ihnen haben sich bereits mit über 180.000 Kommentaren auseinandergesetzt, die wir auch von unseren 280.000 Followern auf Facebook und Twitter erhalten.

Als Initiative, die vom Think Tank Friends of Europe in Brüssel ausging, bauen wir unsere ursprünglich rein englischsprachige Plattform zielgerichtet mit Versionen in anderen Sprachen aus, um noch mehr junge Menschen in Europa zu erreichen. Seit 2017 gibt es Debating Europe auch auf Deutsch. Diese Version hat 330.000 vornehmlich junge Leserinnen und Leser, 23.000 folgen ihr auf Facebook und Twitter.

Nun gingen wir mit einem neuen Projekt einen Schritt weiter und stellten Fokusgruppen von bis zu fünf Interessierten zusammen, die für den vorliegenden Report jeweils rund eine Stunde mit uns und miteinander sprachen. Dadurch erlangten wir nicht nur Aufschlüsse über die Gedankenwelt junger Menschen, sondern ermöglichten ihnen auch einen freien Austausch untereinander. Ihnen war bewusst, dass ihre Aussagen dazu dienen sollen, politische Entscheidungsträger und andere Multiplikatoren über ihre Stimmungslage zu informieren.

Diesen Ansatz, der weit mehr als jede reine Datenerhebung einen lebendigen Eindruck von den Vorstellungen junger Menschen in und für Europa liefert, haben wir mit begleitenden konventionellen Umfragen ergänzt. Am wichtigsten war uns aber das direkte Gespräch in der Gruppe, die Möglichkeit, Standpunkte aufeinander prallen zu lassen. Damit wollen wir die Debatte um Europas Zukunft, die auf unserer Plattform schon seit längerem stattfindet, vertiefen und den deutschen Entscheidungsträgern für die Verantwortlichkeiten der EU-Ratspräsidentschaft ins Bewusstsein rufen.

10 Forderungen von 100 Stimmen

Hier sind 100 Stimmen, auf die es ankommt, 100 Stimmen von jungen Menschen, die das Europa der Zukunft mit bauen wollen. Dieses Europa entsteht nicht nur in Brüssel. Sondern in den Köpfen und aus den Sehnsüchten unserer Gesprächspartner und vieler anderer europäischer Bürgerinnen und Bürger, die sich eine bessere Europäische Union wünschen.

Unsere Gesprächspartner sind die junge Zukunft Europas, die mitdiskutieren will. Sie sind von dem Friedenprojekt Europäische Union überzeugt, sie wollen aber auch Veränderungen: mehr Demokratie, ein klares Bekenntnis zu grundlegenden Werten und eine saubere Umwelt. Wir haben aus den Anregungen in den Gesprächen zehn Empfehlungen für die künftige politische Tagesordnung der EU abgeleitet.

1

Kampf gegen den Klimawandel.

Junge Europäer in Deutschland fordern von der Politik, den Klimawandel ernst zu nehmen und die Maßnahmen zu ergreifen, die nötig sind um die Folgen des Klimawandels einzudämmen. Die starke Orientierung der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen auf den Kampf gegen den Klimawandel begrüßen sie, aber auch mit gewisser Skepsis. Dieser Ansatz sollte auch im Zuge der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung von der Corona-Krise nicht aufgegeben werden. Im Gegenteil.

2

Flüchtlingspolitik orientiert an Menschlichkeit und europäischen Werten.

Die Unfähigkeit der EU zu einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik stößt junge Europäer in Deutschland ab. Sie erwarten im Umgang mit dem Thema mehr Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft in Einklang mit europäischen Werten.

3

Wachstum nicht um jeden Preis.

Junge Europäer in Deutschland wollen nicht um jeden Preis eine prosperierende Wirtschaft. Sie plädieren für ein Umdenken über die Definition von Wertschöpfung und für nachhaltiges Wirtschaften im Einklang mit Umweltschutz.

4

Die EU demokratischer machen und die Rolle des Europäischen Parlaments stärken.

Das Ansehen der EU unter jungen Europäern in Deutschland leidet darunter, dass sie ihre Strukturen als zu undemokratisch und wenig transparent wahrnehmen. Abhilfe können eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments, die Beachtung des Spitzenkandidatenprinzips bei den künftigen Europawahlen und mehr Präsenz von Europas Institutionen schaffen.

5

Deutschlands besondere Verantwortung für Europa wahrnehmen.

Der Bundesrepublik kommt aus historischen und wirtschaftlichen Gründen eine besondere Verantwortung für das Gelingen des europäischen Projekts zu. Junge Europäer in Deutschland erwarten von der Bundesregierung eine pro-europäische Vorreiterrolle, die andere EU-Länder mit auf den Weg zu mehr Integration nimmt.

6

EU als globaler Vorreiter für faire internationale Zusammenarbeit.

Die EU sollte nach den Vorstellungen junger Europäer in Deutschland eine globale Vorreiter- und Beispielrolle bei der Verwirklichung fairer internationaler Zusammenarbeit einnehmen. Die EU-Kommission sollte ihren geopolitischen Anspruch in diesem Sinne verstehen und ausfüllen.

7

Mehr Solidarität zeigen.

Junge Europäer in Deutschland wünschen sich ein einiges Europa, deren Mitgliedstaaten untereinander und mit den Notleidenden der Welt Solidarität zeigen.

8

Potenzial der grenzenlosen Reiselust nutzen.

Junge Europäer in Deutschland empfinden den hohen Grad unkomplizierter Reise- und Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union als wesentlichen persönlichen Vorteil, den sie der EU zu verdanken haben.

9

Die EU muss ihr Image verbessern.

Die EU muss offensiv an ihrem Image arbeiten. Junge Europäer in Deutschland empfinden ihre Selbstdarstellung als zu defensiv und zu wenig auf die Vorteile gerichtet, die die Union ihren Mitgliedern bringt. Das Projekt muss stets aufs Neue erklärt und gegen Kritiker verteidigt werden.

10

Glaubwürdigkeit durch ehrliche Politik wiederherstellen.

Der gesamte professionelle Politikstil unterliegt starker Kritik junger Europäer in Deutschland: Sie zweifeln, ob es Politikern um ihre und Europas Anliegen geht. Diese Glaubwürdigkeitslücke sollte dringend behoben werden.

Zusammenfassung

Als wichtigste europapolitische Schlussfolgerung aus den Gesprächen ist festzuhalten: Die Botschaft einer „Union, die mehr erreichen will“, fällt bei jungen Menschen auf fruchtbaren Boden. Sie wollen mehr Europa, und zwar bald.

Trotz der Corona-Krise steht der Klimawandel im Mittelpunkt der Besorgnisse. Die Europäische Kommission nimmt diese Ängste mit ihrem Green Deal folglich zu Recht auf. Sie trifft aber auf viel Misstrauen über die Wirksamkeit ihrer Pläne. Die Sorge um das Klima hat ebenfalls Fragezeichen hinter unserer bisherigen Art des Wirtschaftens ausgelöst. Dabei wird nicht nur eine weitere Festlegung auf immer mehr Wachstum abgelehnt, sondern auch der derzeitige Mechanismus der Verteilung des Wohlstands.

Die EU ist nach Meinung ihrer jungen Bürger in der Pflicht, intern und weltweit für mehr materielle und ideelle Gerechtigkeit zu sorgen. In diesem Zusammenhang wird die europäische Flüchtlingspolitik hoch kritisch gesehen und in Anbetracht der offiziell propagierten europäischen Werte als beschämend empfunden. Große Beunruhigung besteht auch über die Zunahme von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Populismus sowie die Aufweichung rechtsstaatlicher Prinzipien in EU-Mitgliedstaaten.

Für die Informationsbeschaffung der von uns befragten Altersgruppen spielen Medien in Papierform und Fernsehen mit geplanter Sendezeit keine Rolle mehr. Sie ziehen sich Inhalte nach individuellen Kriterien aus dem Internet. Sozialen Medien begegnen sie mit Misstrauen und wissen um die Gefahren bewusst gefälschter und manipulativ eingesetzter Informationen (Fake News).

Das Ansehen von Parteipolitik und Berufspolitikern ist durchweg schlecht, die Teilnahme an Protestformen wie Fridays for Future und Online-Petitionen ausgeprägt. Trotz starker Kritik an den vorhandenen politischen Partizipationsangeboten ist die Bereitschaft zu politischem Engagement dennoch hoch. Die jungen Leute scheinen auf der Suche nach neuen Formen politischer Teilhabe und sind zugleich selbstkritisch, in wie weit diese neuen Formen bei der etablierten Politik etwas erreichen.

Als größten Vorteil der Europäischen Union bewerten junge Europäer in Deutschland Freizügigkeit und Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen. Die Abläufe in den EU-Institutionen

wünschen sie sich transparenter, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger größer. Sie verlangen mehr Rechte für das Europaparlament, eine größere Verbindlichkeit des Wählervotums bei der Europawahl und pochen auf das Spitzenkandidatenprinzip. Sie wünschen mehrheitlich mehr politische Integration der EU, die aber auch lokal präsent ist und halten

eine baldige Grundsatzentscheidung darüber für nötig, gegebenenfalls auch das Instrument eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten. Die Bundesrepublik Deutschland sehen sie unauflöslich in der Europäischen Union verankert und aus wirtschaftlichen wie historischen Gründen in einer besonderen Verantwortung für das Gelingen der europäischen Integration.

Kapitel 1: Was muss Europa anpacken?

Junge Menschen im Studium, in der Berufsfindungs- und/oder Familiengründungsphase haben viele Fragen über die Zukunft. Wir wollten wissen, welche sie für die drängendsten halten und wie sie die Möglichkeiten einschätzen, auf sie einzuwirken. Viele sehen ihre persönliche Zukunft fast durchweg optimistisch – aber nicht die des Planeten.

Ganz oben auf der Tagesordnung: der Klimawandel

Der Klimawandel und andere Umweltprobleme rangieren für die Jugend ganz oben auf der Tagesordnung der Themen, die es vordringlich anzupacken gilt. Viele unserer Diskussionsteilnehmer sind nicht sehr zuversichtlich, dass dies in den nächsten Jahren gelingen wird; einige äußern deutliche Sorge über die künftigen Lebensbedingungen ihrer eigenen Kinder.

„Ich ertappe mich nicht
selten bei dem Gedanken:
In welche Welt hast du
deine Kinder geboren?“

(Markus, 33)



Es überwiegt die Skepsis, ob der von der EU-Kommission angekündigte Green Deal schnell die nötige Durchschlagskraft entfalten kann. Das Projekt höre sich super an, urteilt Konstantin, 28, aber: „So richtig einleuchten tut mir das nicht.“ Es sei zu vage. Kai, 22, weist darauf hin, dass die EU angesichts ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eher eine „Anti-Vorreiter-Rolle“ beim Klimaschutz einnehme. Der Green Deal hat hier ganz offensichtlich ein Glaubwürdigkeitsproblem, solange er nicht von einer durchgreifenden Reform der GAP und ihrer Fördermechanismen begleitet wird.

Die bisherigen klimapolitischen Versäumnisse müssten in kurzer Zeit aufgearbeitet werden, verlangt Lukas, 24. Die Bemühungen darum werden auf kritische Beobachter stoßen, denn mit so genanntem „Green Washing“ will sich niemand unserer Gesprächspartner zufriedengeben. Man dürfe Projekte nicht einfach „grün anmalen“, gibt Pia, 22, zu bedenken und rührt damit an den Kern der Debatte: Welche Kriterien können sicherstellen, dass ein Vorhaben tatsächlich Klimanutzen entfaltet? Wie beugt man Versuchen vor, neue Fördertöpfe mit reinem Etikettenschwindel zu plündern? Annabella, 26, empfiehlt allen, die Klimapolitik machen: „Hört auf die Wissenschaft und nicht auf eure Parteien.“

Über die richtige Herangehensweise an die Klimakrise gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten. Nicht jedem reichen Verzichtstrategien. Julian, 27: „Ich glaube nicht, dass wir den Planeten retten, wenn wir Innenstädte auf Fahrräder umstellen.“ Das Vorhaben, im Rahmen des Green Deals auf technischen Fortschritt zu setzen und damit auch einen wirtschaftlichen Impuls auszulösen, findet Freunde. Nadine, 29, schlägt vor: „Wir müssen unbedingt auch auf Innovation setzen, auf neue Technologien.“ Konstantin, 22, befürchtet, „dass wir in 20 Jahren darüber diskutieren, ob wir alle Australier wieder in Europa aufnehmen, weil

Australien unbewohnbar wird, und dass wir uns überlegen müssen, ob wir die Niederländer auch verteilen können, weil die Dämme einfach nicht mehr halten“.

Sehr vereinzelt werden als Mittel gegen die Klimakrise eine Rückbesinnung auf die Atomenergie oder ein entschlossenes Vorantreiben der Kernfusionsforschung empfohlen. Die meisten Teilnehmer gehen nicht ins Detail, wenn sie den starken Wunsch nach mehr Maßnahmen gegen den Klimawandel äußern. Auch andere Umweltprobleme wie zum Beispiel die Verschmutzung des Planeten mit Plastikmüll beschäftigen sie stark.



Sind wir die letzte Generation, die den Klimawandel noch stoppen kann?

Quellen: Deutsche Welle, The Guardian, Webseiten des Bundesumweltministeriums, der Europäischen Kommission & der Europäischen Union, Quarks (2019-2020)



Was die Wissenschaft sagt

Bis 2030 müssen wir die globale Erwärmung auf **1,5°C** begrenzen, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern.

Das bedeutet:

- globale CO₂-Emissionen jährlich um **8,5%** reduzieren
- globale Waldflächen jährlich um **10 bis 20** Hektar vergrößern

für Deutschland

- 2015 verpflichtet sich Deutschland im Pariser Klimaschutzabkommen, seine Emissionen bis 2030 um **40%** im Vergleich zu 1990 zu senken
 - × 2020: Deutschland wird seine Ziele auch mit dem Klimapaket von 2019 kaum erreichen können
 - × Der jährliche CO₂-Ausstoß pro Kopf liegt in Deutschland bei **9,7** Tonnen, das ist doppelt so viel wie der globale Schnitt
 - × Seit der Industrialisierung hat Deutschland fast **5%** zur globalen Erderwärmung beigetragen

Was die deutsche Bevölkerung sagt

91% finden, dass die EU Wirtschaft bis 2050 klimaneutral sein soll

81% der Deutschen sehen den Klimawandel als ein sehr ernstes Problem

81% stimmen zu, dass mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden sollten, um die Umstellung auf saubere Energie zu gewährleisten, selbst wenn dafür Subventionen für fossile Energieträger gekürzt werden müssen

71% der Deutschen haben in den letzten sechs Monaten persönlich etwas gegen den Klimawandel getan

55% ist der Klimaschutz trotz Corona unverändert wichtig

Für die Altersgruppe 14-22 ist der Umweltschutz das wichtigste Thema, noch vor Bildungsfragen und soziale Gerechtigkeit

Vor allem die Industrie und Bundesregierung ist in der Pflicht, etwas zu tun.



Europas Green Deal

Bis 2050 will Europa der erste **klimaneutrale Kontinent** werden, dafür will die Kommission:

- eine saubere und kreislauforientierte Wirtschaft aufbauen
- Biodiversität wiederherstellen
- Umweltverschmutzung bekämpfen
- ein Budget von **100 Milliarden Euro** zur Verfügung haben.

Sehnsucht nach mehr weltweiter Gerechtigkeit

Marvin, 24, glaubt im Zusammenhang mit der Klimaentwicklung, „dass wir in den nächsten Jahrzehnten als Generation die größte Herausforderung aller bisherigen Generationen erleben werden“. Dabei sei die Kernaufgabe: „Wir müssen uns fragen, was wir mit dem Reichtum, den die Welt uns bietet, tun.“

Durch die Gespräche zieht sich eine tiefe Unzufriedenheit über die ungleiche Verteilung von Chancen und Wohlstand in der EU, aber auch in der Welt. Kritische Stimmen zu unserer bisherigen Form des Wirtschaftens und Verteilens sowie der Orientierung auf „immer mehr“ überwiegen. „Jetzt geht es vielleicht nicht mehr so um Wachstum“, sagt Julian, 27. „Jetzt geht es vielleicht darum, dass man nachhaltig dann weiterhin lebt.“ Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Krise, den die deutsche EU-Präsidentschaft sich auf die Fahnen schrieb, wird es noch über Jahre hinaus darauf ankommen, diesen Wunsch bei allen Investitionsprojekten im Auge zu behalten. Denn es sind die jungen Menschen, die dereinst die Schulden zurückzahlen,

„Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Das wird sich wahrscheinlich noch verstärken.“

(Felix, 27)



die in Europa wegen Corona gemacht wurden. Diese Schulden, so erwarten sie zu Recht, sollten dann auch Ausgaben dienen, die den Erhalt ihrer natürlichen Lebensgrundlagen sichern.

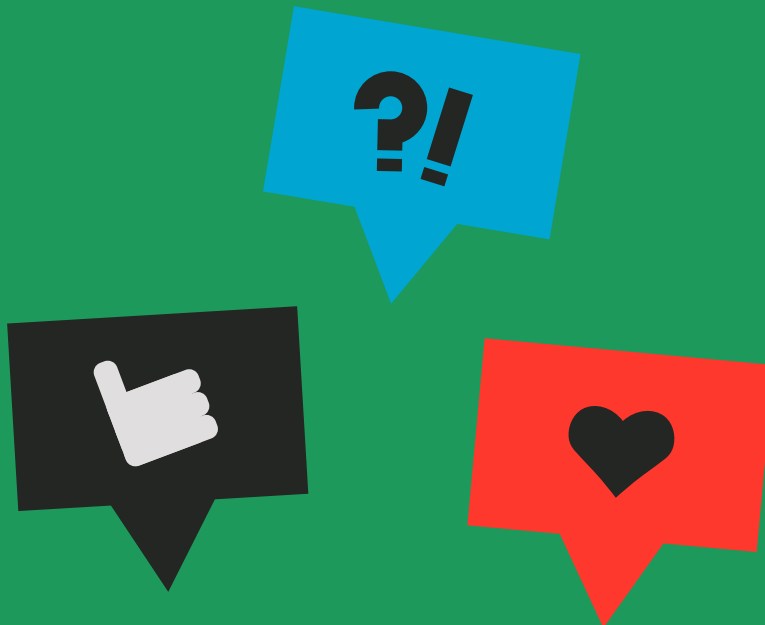
In den Gesprächen aus der zweiten Märzhälfte 2020 machen sich einige Teilnehmende bereits Sorgen wegen der potenziellen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise. Guten Grund dafür hat zum Beispiel Marie-Antonia, 34, die in der Tourismusbranche arbeitet: „Das wird das nächste halbe Jahr massiv unsere Arbeit beeinflussen.“ Thomas, 21, ist nicht nur alarmiert wegen der Gefahr einer Rezession, sondern auch über den künftigen Stellenwert von Freiheitsprivilegien. Er ist sich darin einig mit anderen Gesprächspartnern, die Unsicherheit über die Auswirkungen der Corona-Situation auf Individualrechte und Freizügigkeit zu Protokoll gaben.



Corona drängt Zukunftsthemen zurück

Teilweise bedauern unsere Gesprächspartner außerordentlich, dass die Corona-Krise wichtige andere Themen in der öffentlichen Debatte in den Hintergrund gedrängt hat, nicht nur den Klimawandel, sondern auch die Situation an den EU-Außengrenzen, die Lage von Flüchtlingen allgemein, das Erstarken von Nationalismus und Rechtsextremismus sowie wachsende soziale Ausgrenzung und Ungleichheit.

„Alarmismus“, angetrieben durch Sensationsberichterstattung wie Fake News, und „Corona-Wahn“ werden gebrandmarkt, andererseits auch Verständnis für die Einschränkungen des normalen Lebens geäußert. Fabian, 27, kritisiert aber: „Es kommt ein bisschen so rüber, als ob jetzt einer bestimmten Wählergruppe zugestimmt wird. Die alten Leute sind in Gefahr – es wird schnell was getan.“ Aber auch die „ungeborene Generation“ sei gefährdet – wegen des Klimawandels.



Sündenfall Flüchtlingspolitik

Viele Teilnehmer greifen die Flüchtlings- und Asylpolitik der Europäischen Union beziehungsweise deren Abwesenheit als ein Thema auf, das während der Corona-Situation aus den Schlagzeilen verschwand, nicht aber aus der Realität. Martha, 18, bedauert: „Das ist jetzt weniger auf der Tagesordnung, obwohl die Menschen (wegen Corona, Red.) ja jetzt auch merken, wie das mal ist, wenn Freiheiten eingeschränkt werden.“

„Es stehen immer noch Geflüchtete vor Europas Grenzen. Das interessiert jetzt halt keinen.“

(Jeannine, 24)

Unsere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben die Lage der Flüchtlinge jedoch nicht aus dem Blick verloren und betrachten sie als einen Sündenfall für die EU. Besonders empört sind sie über die Situation, die 2020 entstand, als die Türkei ihre Grenzen nicht mehr zur EU hin abschottete und dadurch neue Flüchtlingsbewegungen vor allem nach Griechenland entstanden. Darauf reagierte die EU mit Abriegelungsmaßnahmen, die bis in eine martialische Wortwahl der EU-Kommission (Griechenland an vorderster „Front“) einer „Festung Europa“ gleichkamen. Auch der seit der Flüchtlingswelle des Jahres 2015 zu beobachtende Stillstand in den Bemühungen um eine einheitliche Asyl- und Migrationspolitik der EU,

die Verweigerungshaltung etlicher Mitgliedsländer, macht die Mitwirkenden in unseren Fokusgruppen zornig.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise fallen in den Gesprächen Stichwörter wie „Schande“, „Sauerei“, „Armutzeugnis“, „Machtentscheidungen auf dem Rücken von Menschen, die absolut hilflos sind“. Die EU halte sich im Umgang mit dem Problem nicht an ihre eigenen Werte, liefere ein Bild der Zerstrittenheit und der nationalen Egoismen. „Je länger dieser Konflikt (über die Migrationspolitik, Red.) dauert, desto unversöhnlicher bestehen bestimmte Regierungen auf ihrer Position“, bedauert Ricarda, 25. Und fragt wütend: „Wofür stehen wir, was wollen wir verteidigen, wenn wir die Grundwerte, die wir selbst aufgestellt haben, mit Füßen treten?“

Thomas, 27, spricht von „Heuchelei“ und klagt: „Wir haben das moralisch am weitesten entwickelten Gefühl auf der ganzen Welt. Aber wir leben es nicht, und unsere Politiker leben es nicht.“ Ganz offensichtlich kann die EU hier den hohen Ansprüchen nicht genügen, die ihre jungen Bürger an sie stellen. Zur Überzeugung von einem europäischen Versprechen gesellt sich dadurch Ernüchterung über die europäische Realpolitik.

Die moralische Werteorientierung der Jugend ist integraler Bestandteil ihrer Begeisterungsfähigkeit für Europa und sollte nicht dauerhaft enttäuscht, sondern bestärkt werden. Stillstand und Rückschritt in der Flüchtlingspolitik sind große Gefahren für den Glauben an Europa als zivilisatorisches Projekt, das Freiheit und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.

„Superkrass, wie die europäischen Außengrenzen dicht gemacht werden!“

(Emilie, 22)

Aus vielen Beiträgen spricht Fassungslosigkeit über das Vorgehen der EU und der Nationalstaaten, über die Abschottung Europas und die Gleichgültigkeit gegenüber Flüchtlingseleid. Es taucht die Forderung nach Wiedereinführung der EU-Seenotrettung im Mittelmeer auf. Das Drama an den Außengrenzen der EU bewegt die jungen Menschen in fast ebenso großem Ausmaß wie die Klimakrise. Dabei verlangen sie von der EU nicht nur mehr Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft, sondern auch beherzteres Engagement bei der Bekämpfung der Ursachen für Flüchtlingsströme. Das Beste wäre, so Julian, 27, „dass man diese Flüchtlinge einfach nicht mehr produziert auf der Welt“.

Gesellschaftliche Polarisierung als Bedrohung

Als belastendes Problem empfinden die Diskutanten eine verschärfte gesellschaftliche Polarisierung, verbunden mit einem Niedergang der Debattenkultur. Für Sebastian, 31 ist die „Verrohung der Gesellschaft“ ein wichtiges Thema. Warum, so fragt Felix, 27, gebe es größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt „nur wegen des Virus und nicht im alltäglichen Leben?“. Andere sehen durch die Corona-Ausnahmelage eine ohnehin vorhandene Tendenz zu mehr Egoismus gestärkt. Sie weisen nicht nur auf Hamsterkäufe hin, sondern auch auf allgemein zunehmende Unduldsamkeit und Unfähigkeit zum respektvollen Diskurs, insbesondere in den sozialen Medien. Eine sinnvolle Debattenkultur sei kaum noch zu erkennen.

Selbstüberwindung ist für Liv, 26, der Schlüssel zu einem neuen Impuls für eine Renaissance der Kunst des Meinungs austauschs. Sie plädiert dafür, auch mal mit eher rechts zu verortenden Menschen zu reden. Das falle ihr selbst zwar schwer, aber: „Es kann nicht sein, dass man das Gefühl hat, dass Menschen sich gegenseitig anekeln.“ Edin, 21, gibt zu bedenken, dass man bei der Beurteilung frustrierter Mitbürger zwischen Wut und

Enttäuschung differenzieren müsse. Manche Menschen mit „völkischer Gesinnung“ könne man mit Argumenten sowieso nicht mehr erreichen, zeigen sich einige Gesprächsteilnehmer überzeugt. Angebote zur politischen Mitwirkung erreichten oft nur die, die ohnehin politisch interessiert seien.

„Die Nichtakzeptanz der anderen Meinung ist eines der größten Probleme in der Diskussion.“

(Jeannine, 24)

Rechtsruck, Rassismus, Extremismus: Angst geht um

Sorge über die Gefahren von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hat viele der Gespräche bestimmt. Ricarda, 25, spürt beim Spaziergang mit ihrem indischen Freund „die Blicke, die er abbekommt“. Laura, 26, weist darauf hin, die Corona-Angst habe zu „Anfeindungen gegen asiatische Mitbürger geführt“.

Angst um die eigene Sicherheit vor rechtsextremen Belästigungen oder Anschlägen treibt etliche der Befragten um. Eine noch größere Gefahr sehen sie darin, dass auf Extremismus zu gleichgültig reagiert werden könnte. Alina, 20, fordert: „Die Politik sollte deutlich härter eingreifen.“ Zu religiösem Fundamentalismus äußert sich in den Gesprächsrunden niemand. Antisemitismus und populistische Rattenfängerei werden aber klar als Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der demokratischen Grundordnung benannt. Des Öfteren ist auch von einem „Rechtsruck“ die Rede; Tobias, 23, nimmt ihn auf europäischer Ebene wahr und spricht im Zusammenhang mit Polen und Ungarn über eine „Aushebelung der Rechtsstaatlichkeit“.

Image-Offensive der EU vermisst

Häufig kommt Kritik am Bildungssystem vor, das insbesondere über Rolle und Bedeutung der EU mehr aufklären müsse. Dies sei auch Aufgabe der EU selbst, die ihre alltäglichen Vorteile für jeden Bürger besser herausstreichen müsse. Sie stelle ihre Erfolge und positiven Seiten nicht effektiv genug dar. Die Mitglieder unserer Fokusgruppen raten der Union,

sich vorteilhafter zu präsentieren, ihre positive Bedeutung für den Alltag der Bürger in ein besseres Licht zu rücken. Sie sind sich bewusst, dass zu viele Vorteile der europäischen Integration gerade auch unter Ihresgleichen als selbstverständlich hingenommen werden.

Die EU-Kommission, die einen beträchtlichen Presse- und Informationsstab unterhält, könnte daraus den Schluss ziehen, ihre Online-Angebote massiv zu verstärken und für mehr Nutzer-Resonanz zu öffnen. Denn die Generation Erasmus ist auch die Generation Internet. Sehr viele der jungen Nutzer dieser von ihnen bevorzugten Informationsquelle begegnen ihr mit gehörigem Misstrauen und verwenden sie sehr zielgerichtet, um sich Medienangebote und Originärquellen zu erschließen. Sie sind zu einem großen Teil Recherche-Profis, die die Aufbereitung von Inhalten durch Journalisten häufig ausschalten und sich beim Urheber der Nachricht selbst ein Urteil formen wollen. Sie bedienen sich direkt bei der Quelle, indem sie auf originäre Inhalte bei Behörden und anderen Institutionen zugreifen, Think Tanks beobachten und Äußerungen von Politikern direkt verfolgen.

„Ich sehe die Vermarktung der EU als Problem.“

(Dominic, 25)

Man müsse früh, schon bei Kindern, Verständnis für Europa herstellen, ist Liv, 26, überzeugt. Lorenz, 24, kritisiert eine „Ex-Negativo-Argumentation“ der EU zum Beweis ihrer Daseinsberechtigung. Ständig sei immer nur die Rede davon, dass sie als Abwehrprojekt gegen den zunehmenden Einfluss anderer Mächte auf der Weltbühne nötig sei. Das ist dem „kritischen Fan der EU“ zu defensiv. Markus, 33, ist der Meinung: „Wir könnten viel mehr Werbung für die EU gebrauchen.“ Doch leider, so bedauert er, mache es die Europapolitik auch der Bundesregierung „den Menschen einfach viel zu leicht, unzufrieden zu sein“.

„Ich finde es superwichtig, den Menschen mehr zu zeigen, was wir von Europa haben.“

(Emilie, 22)

Europas Rolle in der Welt: Anwalt für Interessenausgleich

Die Gesprächsteilnehmer denken kaum in klassischen Kategorien einer EU-Außenpolitik im Sinne einer einseitig orientierten Wahrnehmung der Interessen der europäischen Staaten im globalen Machtgefüge. Vielmehr definieren sie die Aufgabe der EU als die eines Anwalts der internationalen Zusammenarbeit und des fairen Interessenausgleichs. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat eine „geopolitische Kommission“ angekündigt, unsere Teilnehmer erwarten eine moralische Vorreiterrolle von ihr, während sich andere große Mächte nur noch auf den eigenen Vorteil konzentrieren wollen.

Einige Gesprächspartner weisen jedoch auch darauf hin, dass es für die Europäer gelte, sich gegen Weltmächte wie China, Russland und die USA zu behaupten, zumal da die Rolle der Amerikaner als Schutzmacht für Europa immer zweifelhafter werde. Tobias, 23, wünscht sich, „dass Europa sich von anderen Weltmächten emanzipiert“. Robert, 22, hält das Bündnis der europäischen Staaten für die Voraussetzung, für den wirtschaftlichen Austausch mit anderen Mächten bessere Konditionen auszuhandeln. Insofern sei die EU ein „globalpolitisches Schwergewicht“.

„Wir haben als Europa viel mehr Einfluss in der Welt.“

(Jacob, 28)

David, 25, wünscht sich ein „Bündnis mit dem afrikanischen Kontinent“. Er ist der Einzige, der den Nachbarkontinent explizit erwähnt, dem die EU-Kommission so viel besondere Aufmerksamkeit schenken will, dass Präsidentin Ursula von der Leyen ursprünglich die Einrichtung eines Kommissarpostens für die Beziehungen zu Afrika erwog. Zahlreiche weitere Diskutanten weisen aber darauf hin, dass die Flüchtlingskrise an ihren Wurzeln bekämpft werden müsse und die EU daher auch eine Verantwortung für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern habe.

Die Frage einer zukünftigen europäischen Armee bewegt lediglich Thomas, 21. Er schlägt vor, sie solle die nationalen Streitkräfte ergänzen und ausschließlich Soldaten rekrutieren, „die finden, dass die EU eine tolle Sache ist“. Auch zu einer eventuellen Mitgliedschaft der Türkei gibt es nur eine Äußerung. Julian, 27, fragt sich, ob man die Flüchtlingsfrage vielleicht anders hätte lösen können, „wenn die Türkei 2015 schon Mitglied der EU gewesen wäre“.

Weitere Themen, die in unseren Gesprächsrunden angesprochen wurden, waren die Digitalisierung, die damit einhergehende Veränderung der Arbeitswelt, Steuergerechtigkeit, Wohnungsbau, die Stellung der Frau in der Gesellschaft, Tierschutz, Rentensicherheit, Verbraucherschutz sowie die EU-weite Anerkennung von Bildungsabschlüssen und anderen Qualifikationen.

Kurzgefasst:

Die beunruhigendste Entwicklung ist für die jungen Menschen in unseren Diskussionsrunden der Klimawandel. Sie sehen ihn als Bedrohung für sich selbst und ihre Kinder. Die Europäische Kommission nimmt diese Besorgnis mit ihrem Green Deal zu Recht auf. Sie trifft bei den jungen Leuten aber auf viel Misstrauen über die Wirksamkeit ihrer Pläne für europäische Klimaneutralität. Die Sorge um das Klima hat ebenfalls Zweifel an unserer bisherigen Art des Wirtschaftens ausgelöst. Dabei wird nicht nur eine weitere Festlegung auf immer mehr Wachstum abgelehnt, sondern auch der derzeitige Mechanismus der Verteilung des Wohlstands. Die EU ist nach Meinung ihrer jungen Bürger in der Pflicht, weltweit für mehr materielle und ideelle Gerechtigkeit zu sorgen. In diesem Zusammenhang wird die europäische Flüchtlingspolitik hoch kritisch gesehen und in Anbetracht der offiziell propagierten europäischen Werte als beschämend empfunden. Große Beunruhigung besteht auch über die Zunahme von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Populismus und eine Aufweichung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Kapitel 2: Informationsverhalten, Meinungsbildung und politisches Engagement

Wie wählt die Generation Internet aus dem immer üppiger werdenden Informationsangebot aus? Vertraut sie klassischen Medienmarken noch? Die Antworten auf unsere Fragen zum Informationsverhalten sowie der politischen Meinungs- und Willensbildung zeigen einen weit fortgeschrittenen Prozess der Individualisierung der Mediennutzung.

Junge Menschen informieren sich selbstbewusst online

Es klingt wie ein Abgesang auf eine untergehende Kultur: „Meine Eltern lesen immer noch Zeitung“, sagt Fabian Sigurd, 21. Die von uns befragten jungen Menschen stützen sich in ihrem Informationsverhalten nur zu einem verschwindend geringen Teil noch auf Print-Medien oder das klassische Fernsehprogramm. Die Generation Internet informiert sich online – teilweise mit sehr ausgeklügelten Strategien.

„Ich hinterfrage alles kritisch.“

(Pia, 22)

Es überwiegt das Bedürfnis nach O-Tönen. Journalisten folgt man vielleicht auf Twitter, traut ihrer Aufbereitung von Inhalten aber nicht durchweg. Manuel, 28, fragt: „Wollen wir der Profession der Journalisten vertrauen, damit die die Akten für uns zusammen tragen?“ „Es müssen nicht immer Fake News sein. Auch eine einseitige Darstellung reicht schon, um einen Artikel wertlos zu machen“, urteilt Edin, 21.

„Da steht eine Headline, und du denkst: oh, krass! Und dann liest du den zweiten Satz, und alles wird relativiert.“

(Sarah, 22)

Von den alten Print-Medienmarken liegt das Online-Angebot von „ZEIT“, „Süddeutscher Zeitung“, „The Guardian“ weit vorne, seltener wird „Der Spiegel“ genannt. Soweit Zeitungen gelesen werden, geschieht das fast nur online. Lokalzeitungen kommen dabei kaum noch vor. Öffentlich-rechtliche Medien wie ARD, ZDF und Deutschlandfunk genießen noch einen gewissen Glaubwürdigkeits- und Vertrauensvorschuss, die „Tagesschau“ rangiert in der Anzahl der Nennungen weit vor „heute“.

Die gute alte Tagesschau um acht Uhr abends – für Constanze, 34, immer noch „ein Fels in der Brandung“ – spielt damit eine gewisse Ausnahmestelle. Dem Nachrichtenflaggschiff der ARD wird weiterhin hohe Glaubwürdigkeit zugebilligt – aber meist nicht im normalen Fernsehprogramm, sondern in der Mediathek oder App. Angelique, 26: „Ich glaube nicht, dass irgendwer in meinem Umfeld sich tatsächlich noch irgendeine Zeitung kauft oder den Fernseher anmacht, um die Tagesschau zu schauen.“ Eine eher selten genannte Informationsquelle ist das althergebrachte Radioprogramm, dessen frühere Rolle zunehmend Podcasts übernehmen.

Mitunter werden Satire-Sendungen und Comedy-Shows als Grundlage von Meinungsbildung und eigener Themenrecherche genannt. Je nach persönlicher Erfahrung der Befragten mit anderen Kulturen ist der Nutzungsgrad nicht-deutscher Medien hoch. Auf Publikationen mit EU-Schwerpunkt wie „Politico“ oder „Euractiv“ greifen die Teilnehmer selten zu und bedienen sich lieber direkt auf den Websites der EU-Institutionen.



„Fake News sind schlecht,
aber gehören einfach dazu.“

(Domokos, 19)

Mitunter ist das Bemühen festzustellen, nicht nur Inhalte aufzunehmen, die der eigenen Erwartungshaltung entsprechen. So versuchen die Nutzer, sich nicht in Echo-Räumen zu verrennen. Aischa, 35, zum Beispiel neigt eigentlich eher „Tagesschau“ und „Spiegel“ zu, checkt aber bewusst auch, was die „BILD“-Zeitung so zu bieten hat, „um ein Gefühl für eine Meinung zu bekommen“. Eine ähnliche Strategie verfolgt Manuel, 28, um „Selbstbestätigungsblasen“ zu umgehen. Einige wenige Diskussionsteilnehmer schätzen „Russia Today“ wegen seines „anderen Blicks“.

Grundsätzliches und gesundes Misstrauen überwiegt, so wie bei Antonia, 19: „Ich bin sicher, dass nicht alles, was ich im Internet gelesen habe, die absolute Wahrheit ist.“ Lukas, 24, achtet darauf, dass Tatsachenbehauptungen in Artikeln zur Quelle verlinkt sind, und würde sich diesen Service häufiger wünschen. Im Internet werde einfach „zu unsachlich diskutiert“, beschwert sich Dominic, 25. Rechthaberei stehe oben an: „Jeder weiß alles.“ Maria, 35, fehlt „das Fröhliche, das Nette“, sie fühlt sich „umzingelt von Hass und Gewalt“.

„Man hat die Debattenkultur
verloren. Es geht direkt gleich
unter die Gürtellinie.“

(Kevin, 28)



Facebook, Instagram und Co. nur wohldosiert

Die Meinung über soziale Medien ist stark geteilt. Facebook, Instagram, Youtube und andere werden zwar emsig genutzt, jedoch in sehr unterschiedlicher Form. Oft sind sie nur Plattform für Medieninhalte, individuelle Postings bleiben als zu abseitig oder nicht vertrauenswürdig genug unbeachtet.

Viele der Teilnehmer informieren sich sehr zielgerichtet und am liebsten direkt an der Quelle unter Ausschluss der klassischen journalistischen Vermittlungsinstanzen. Die Gefahr, gefälschten Inhalten aufzusitzen, halten sie für gering, sind sich des Problems aber sehr wohl bewusst und versuchen es mit individuellen Strategien auszuschalten, teils auf mehreren Ebenen. Dabei spielen persönliche Kontakte eine wichtige Rolle, wie etwa für Martha, 18: „Ich folge nur Leuten, bei denen ich mir relativ sicher bin, dass keine Fake News verbreitet werden.“

Das Urteil über die Glaubwürdigkeit der Inhalte sozialer Medien fällt sehr ambivalent aus. Vor allem der Ausbruch des Coronavirus hat vielen Nutzern bewusst gemacht, welche Gefahren auf sie lauern. Die Rolle der sozialen Medien, aber auch der klassischen Informationskanäle bei der Verbreitung von Unsicherheit und Panik über die Pandemie wurde kritisch thematisiert.

Johannes, 27, hat daraus gelernt, wie schnell Menschen in Panik geraten können. Doch hilft der virtuelle Kontakt mit Menschen auch, Isolierungsgefühle während der Corona-Krise einzudämmen, wie manche Teilnehmer berichten. Einige von ihnen legen sehr viel Wert auf persönlichen Kontakt, sei er virtuell oder real. Soziale Medien bieten ihnen gerade in Zeiten von Social Distancing eine willkommene Möglichkeit, menschliche Kontakte aufrecht zu erhalten.

Die sozialen Medien sind für viele der jungen Leute zwar ein alltägliches Werkzeug; kaum jemand von ihnen hält sich bewusst von ihnen fern. Jedoch wissen sie sehr wohl um die Untiefen dieser Kommunikationsinstrumente und zeigen sich von ihnen auch abgestoßen. Laura, 26, bedauert: „Die scheinbare Mehrheit schreit eben am lautesten.“ In den sozialen Netzwerken könne man fast keine Kommentare mehr lesen, „weil das teilweise richtig übel ist“.

Von klassischer Parteipolitik enttäuscht

Das politische Engagement der Befragten ist sehr breit gefächert, wobei die klassische Zugehörigkeit zu einer Partei eine marginale Rolle spielt, mitunter als Folge erfolgloser Versuche, sich in eine einzubringen. Entsprechende Erfahrungen führen zu teils harschen Urteilen. Parteipolitik wird vielfach als hierarchiebestimmt, „verstaubt“, von persönlichem Karriereehrgeiz und Hinterzimmerdeals gesteuert erfahren, mitunter auch als zu kleinteilig und langwierig. Sie verliere den richtigen Bezug zu den Themen und sei „schwierig mit Idealismus zu vereinbaren“, ergänzt Marie-Antonia, 34. Thomas, 21, hat es mit verschiedenen Parteien versucht und kommt zu dem Schluss, sie seien „zum Teil verwechselbar geworden“.

„Parteipolitik ist ein bisschen bieder. Veraltete Strukturen.“
(Carlos, 19)



Den Befragten fehlen in der professionellen Politik ganz überwiegend Persönlichkeiten mit starker Rückkopplung an die Lebenswirklichkeit ihrer Wähler. Es besteht ein starker Wunsch nach Politikern „zum Anfassen“. Sie müssten „den Leuten zeigen, dass sie auch wichtig sind“, wünscht sich Felix, 27. Nicole, 24, empfiehlt Berufspolitikern daher, sie sollten zuhören und „einfach mal mehr fragen“, aber nicht nur einander. Auch Tim, 32, rät Ihnen: „Viel häufiger aus der Bubble rausgehen“, und zwar nicht nur ins Fernsehstudio.

Hohe Empfindlichkeit besteht für rechthaberisches, gestanztes Politiker-Sprech voller Wortgeklingel. Marvin, 24, benennt die Alternative: „Wir müssen die Sprache auf das herunterbrechen, was die Leute auch verstehen können... offen kommunizieren, wenn man bestimmte Entscheidungen trifft... Auch mal sagen, was man nicht tun kann.“

Wenn diese Vorschläge auf taube Ohren stoßen, verfestigt sich eine Meinung wie die von Jacob, 28. Er hat den Eindruck, die Politiker hätten „sehr, sehr viel zu verbergen“. Hinterzimmer-Deals werden immer wieder gebrandmarkt. Gleichzeitig besteht eine Sehnsucht nach charismatischen, glaubwürdigen Politikern, nach Charakterköpfen. „Es braucht auch Persönlichkeiten und

frischen Wind“, wünscht sich Konstantin, 28. Europäische Politiker, die große Anziehungskraft entfalten, sind Felix, 27, aber auch nicht geheuer: „Führerfiguren sind wieder relativ in Mode“, warnt er.

Teilweise werden ein „Kartellparteiensystem“ und dessen Rituale als hinderlich für politische Teilhabe empfunden. Marvin, 24, verlangt, „den Menschen zu zeigen, dass sie sich durch ihre Stimmabgabe entfalten können“. Viele Plädoyers zielen in Richtung von mehr Bürgerbeteiligung an der Basis, größerer Anerkennung für die Bedeutung regionaler Einbindung in Entscheidungsstrukturen. Politik dürfe kein „hohes Konstrukt“ sein und ungreifbar bleiben. „Nicht aufhören, Dinge zu erklären“, bringt Ricarda, 25, es auf den Punkt.

„Man kann sowohl enttäuscht sein von der Politik als auch an ihr interessiert.“

(Lukas, 24)

Es besteht unter den Diskussionsteilnehmern ferner die Hoffnung, dass die eigene Generation neue Formen politischer Gestaltung findet. Marie-Antonia, 34, ist sicher: „Man kann mit relativ wenig Aufwand relativ viel erreichen, wenn man sich nur ransetzt.“

Politischen Entscheidungsträgern sollte zu denken geben, dass sich bei jungen Leuten Bilder von Politik zu verfestigen scheinen, wie sie auch in älteren Köpfen vorhanden sind. Politiker erscheinen als wenig begeistert und wenig begeisternd, lobbygesteuert, nicht am Wähler orientiert, sondern an ihrer Partei und dem persönlichen Fortkommen. Dominic ist 25 Jahre alt, seine Mahnung aber generationenübergreifend: „Es ist die Verantwortung der Politiker, Wahlversprechen einzuhalten.“ Die Enttäuschung über gegenteilige Phänomene teilt er mit anderen Altersgruppen. Hier gerät offenbar auf breiter Front der Glaube an die Legitimität politischer Prozesse überhaupt ins Wanken. Frederic, 28, hat beobachtet: „Alle zweifeln an allem.“ Radikal enttäuscht äußert sich Thomas, 27: „Es wird Politik gemacht für Unternehmen und nicht für Menschen.“

„Es wachsen junge Entscheider heran, die Dinge zum Besseren wenden.“

(Ricarda, 25)



Viel Engagement für Fridays for Future

Kommt die persönliche Beteiligung an politischen Demonstrationen ins Spiel, so überwiegt das Engagement für Fridays for Future. Mit Abstand folgt die Teilnahme an Kundgebungen von Pulse of Europe und gegen die Neuregelung des Urheberrechts in der EU. Online-Petitionen sind als Beteiligungsform beliebt. Einige Befragte engagieren sich kommunalpolitisch, andere ziehen ehrenamtliches soziales Engagement vor. Weit verbreitet ist unter den Akademikern die Mitarbeit in Studentenorganisationen.

Matthias, 28, hat bei dem Versuch, Menschen auf der Straße in politische Gespräche zu ziehen, herausgefunden: „Herren 50plus sind die schwierigste Zielgruppe.“ Kai, 22, betont, dass es wichtig sei, auch die zu aktivieren, die weit von der eigenen politischen Meinung entfernt sind – ohne auf einen Missionierungseffekt zu hoffen: „Wenn die sich engagieren, dann engagieren sie sich nicht so, wie du willst. Sie sind nicht formbar, du musst dann annehmen, was die sagen.“

„Die Politik hat im Moment das Problem, die Leute nicht mehr richtig berühren zu können.“

(Bernadette, 22)

Inken, 23, kann die Neigung vieler verstehen, nur noch einfache Botschaften zu empfangen. „Wir Menschen erreichen immer mehr ein Stadium der Überforderung“, hat sie beobachtet. „Wir müssen der Menschheit etwas Gutes tun und anfangen zu vereinfachen.“ Die Bürger suchten nach „einfachen Aussagen“. Niels, 25, klagt: „Die Arroganz und fehlende Verantwortung in der Politik treibt die Menschen in den Populismus. Die Politiker sollten endlich mal Verantwortung übernehmen und nicht jedes Mal Rechtsruck schreien, wenn die Menschen an den Wahlurnen ein Zeichen setzen.“

Hinzu kommt die häufig geäußerte Unüberschaubarkeit politischer Prozesse für all jene, die nicht persönlich an ihnen beteiligt sind und daher nicht wissen, wie schwierig es sein kann, eine Entscheidung zu fällen. Die Demokratie, so klingt es in den Worten von Kevin, 28, an, produziert mehr Diskussionen als Resultate: „Es wird viel geredet. Es wird auch viel Gutes

geredet. Aber es wirkt mir immer alles zu unambitioniert. Es müsste alles irgendwie schneller gehen.“ Dieser Eindruck nimmt sowohl die Stärke als auch die Schwäche der Demokratie im 21. Jahrhundert auf, ihr offenbar unauflösbares Dilemma: Sie ist nichts für Ungeduldige, sieht sich mittlerweile aber Herausforderungen gegenüber, für deren Bewältigung sich die Zeitfenster rapide schließen, was vor allem für die Klimakrise gilt.

Der Grund für eine allgemeine Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit dem politischen Establishment und seinem Vorgehen wird vielfach auch in den konkreten Lebensumständen verortet. Die gesellschaftlichen Verhältnisse hätten sich zu sehr in Richtung sozialer Ungleichheit entwickelt; die Politik müsse stärker ausgleichend eingreifen. Auch auf europäischer Ebene sehen viele Gesprächspartner hier Handlungsbedarf. Stephan, 27, glaubt, „dass die Wut und Frustration der Leute sich nicht wegdiskutieren lässt, sondern von den regierenden Parteien über die letzten Jahrzehnte hart erarbeitet wurde“.

„Man muss klar unterscheiden zwischen politischem und parteipolitischem Engagement. Dass die Leute jetzt auf Letzteres keine Lust haben, kann ich sehr gut verstehen.“
(Kai, 22)

Der hohe Ansehensverlust der politischen Klasse korrespondiert mit dem Misstrauen gegen Journalisten als Vermittler gesellschaftlicher Realität. Dieser Befund muss beunruhigen, da er den Äußerungen hoch politisch denkender junger Menschen entspringt, die ansonsten keinen populistischen Parolen hinterherlaufen und zu deren Vokabeln Begriffe wie „Altparteien“ und „Lügenpresse“ nicht gehören. Ihrer Kritik liegt aber eine Wahrnehmung zu Grunde, mit der auch politische Kräfte operieren, denen sie sich keinesfalls als zugehörig empfinden. Für Frederic, 28, ist ein „Grundvertrauen“ verloren gegangen. Das müsse wieder aufgebaut werden.

Da könnten Visionen helfen, doch die empfinden unsere Gesprächspartner als Mangelware. Politik sollte „Akzente für die Zukunft setzen“, erwartet Felix, 27. „Ich habe das Gefühl, dass das erst passiert, wenn der Druck zu groß wird.“ Das reine Management der Gegenwart, wie es die EU nur zu oft im Krisenmodus vorführt, reicht ihm eindeutig nicht. Kein einziger der Gesprächspartner nannte einen von ihm oder ihr bewunderten Politiker als inspirierendes Vorbild, sei es auf nationaler oder europäischer Ebene.

„Es ändert sich nichts, wenn wir uns nicht ändern.“
(Maria-Antonia, 34)

Kurzgefasst:

Print-Medien in Papierform und Fernsehen nach Maßgabe des aktuellen Programms spielen für die Generation Internet keine Rolle mehr. Sie zieht sich ihr Informationsangebot nach individuellen Kriterien aus dem Netz, vertraut dabei durchaus noch eingeführten Medienmarken und deren elektronischem Angebot, bedient sich aber unter Ausschaltung journalistischer Vermittlungsinstanzen gern auch direkt an der Quelle, wie den Webseiten der Institutionen. Sozialen Medien begegnen unsere Gesprächspartner mit Misstrauen und wissen um die Gefahren bewusst gefälschter und manipulativ eingesetzter Informationen. Das Ansehen von Parteipolitik und Berufspolitikern ist durchweg schlecht, die Teilnahme an Protestformen wie Fridays for Future und Online-Petitionen ausgeprägt. Trotz starker Kritik an den vorhandenen politischen Partizipationsangeboten ist die Bereitschaft zu politischem Engagement hoch. Sie speist sich aus einem als unaufschiebbar empfundenen Handlungsdruck, dem zur Rettung der Welt, der natürlichen Lebensgrundlagen auch der Menschheit Priorität eingeräumt werden sollte. Jugendliche Ungeduld und Idealismus paaren sich hier mit nüchternen, jedoch alarmierenden wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Kapitel 3: Die europäische Identität

Wofür steht die EU? Sind es „Frieden, Freiheit, Zusammenarbeit“, wie Leila, 22 meint? Oder eher „Bürokratie, Verwaltung, Intransparenz, Lobbyismus“, wie Malte, 31, findet? So unterschiedlich die ersten Assoziationen auf diese Frage ausfallen mögen, auf einen Grundkonsens können alle Befragten sich einigen: Sie sind jung, und sie brauchen die Welt. Und die EU hat sie ihnen geöffnet. In dieser Hinsicht ist die Freude über die Existenz der Europäischen Union bei ihren jungen Bürgern wahrhaft grenzenlos.

„Die EU steht definitiv für Mobilität. Für die Möglichkeit, woanders sein Leben zu gestalten.“

(Laura, 26)

Grenzenlose Reiselust

„Reisefreiheit“ ist das am meisten genannte erste Wort auf die Frage: Was bedeutet die EU für dich? Ganz überwiegend fühlen die Teilnehmer sich in ihrer Entfaltungsfreiheit privilegiert und schreiben dies aufgrund ihrer internationalen Orientierung auch direkt der EU zu, so wie Nadine, 29: „Ich weiß es sehr zu schätzen, in Europa zu leben.“ Auch Ricarda, 25, zeigt sich dankbar: „Ich habe diesen europäischen Freiwilligendienst gemacht, wo wirklich jedes Frühstücksbrötchen für mich sozusagen von der Europäischen Union gefördert wurde.“

„Die EU steht für Freiheit. Freiheit zu reisen, Freiheit zu tun, was ich möchte, ohne irgendwie eingeschränkt zu sein“, fällt Pia, 22, spontan ein. Das war noch Februar im 2020, als die Binnengrenzen der EU wie gewohnt offen waren. Zu diesem Zeitpunkt waren auch noch Äußerungen wie die von Markus, 33, möglich: „Man merkt die Grenzen schon fast gar nicht mehr. Von mir aus könnten die weg.“ Dann kam Corona. Und ein erster, bislang nicht für möglich gehaltener Zweifel, dass das Virus nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Freiheit bedrohen könnte.

Stark trafen unsere Mitwirkenden die Einschränkungen, die die Corona-Pandemie mit sich brachte. Einige von ihnen mussten Auslandsaufenthalte wegen der Virus-Krise abbrechen. Ein Teilnehmer befand sich zum damaligen Zeitpunkt mit einer Corona-Infektion in Quarantäne. Jeannine, 24, kommentiert fassungslos: „Für jemanden in unserer Generation ist völlig unvorstellbar, dass jetzt wieder Grenzen geschlossen werden.“

Wie gut die EU daran tut, eines ihrer höchsten Güter, die Freizügigkeit, zu wahren, machen die Äußerungen der meisten Teilnehmer klar, die keine Abfertigungsschlangen vor Schlagbäumen mehr kennen. Annika, 21, bekennt: „Dass wir von A nach B einfach reisen können – das ist ein absoluter Traum für junge Menschen.“ Konstantin, 22, begeistert sich: „Ich finde es super, dass es keinen Unterschied macht, ob ich jetzt nach Brüssel oder nach Paris oder nach Hamburg ziehen möchte.“

Ab Mitte März mischt sich im Zuge von Ausgangsbeschränkungen, Reisewarnungen und Grenzschließungen wegen der Corona-Krise zum Thema Reisefreiheit eine zunehmende Verunsicherung in die Gespräche. Bernadette, 22: „Reisen ist mit der bedeutendste Punkt, weil wir nicht mehr wissen, wo Grenzen wirklich liegen. Das ändert sich jetzt ein bisschen.“ Fabian Sigurd, 31, lobt, „dass man die Möglichkeit hat, andere Länder und Kulturen kennen zu lernen. Im Moment finde ich das ein bisschen schwierig. Es kann sein, dass das Ganze kippt.“

Während unserer Gespräche überwog bei den Mitwirkenden die Hoffnung, das normale Leben bald wieder aufnehmen zu können. Teilweise empfanden sie es als beruhigend, in dieser außergewöhnlichen Lage in der Nähe ihrer Familien zu sein. „In der aktuellen Lage in Deutschland zu wohnen, ist vielleicht nicht das Verkehrteste“, tröstete sich Sebastian, 31. Jacob, 28, ging Mitte März zur Corona-Situation noch davon aus, „dass die Auswirkungen kurzfristig sehr wichtig sein werden und dass sich das langfristig wieder richten wird“. Lars, 33, hoffte schon am 20. März „auf ein bisschen mehr Freiheit“ in der kommenden Woche.

Die Beschränkungen wegen der Corona-Krise hatten zum Zeitpunkt unserer Gespräche noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Die Teilnehmer der Befragung glaubten in der Bevölkerung sowohl eine Zunahme der Hilfsbereitschaft und Solidarität als auch des Egoismus feststellen zu können. Caroline, 24, bemerkte „grundsätzlich mehr Zusammenhalt: Menschen helfen sich gegenseitig mit Einkäufen, rufen alte Verwandte an, stellen Teddybären in die Fenster, um Kinder aufzumuntern etc. Aber es gibt auch Egoisten, die Klopapier, Milch und Mehl horten.“

„Dass jetzt die Grenzen geschlossen sind, führt einem noch einmal vor Augen, für wie normal wir die vorherige Situation erachteten.“

(Maria-Antonia, 34)



Grenzenlose Reiselust

Quellen: Eurostat, European Commission, Politico, UNWTO (2018-2020)

Tourismus

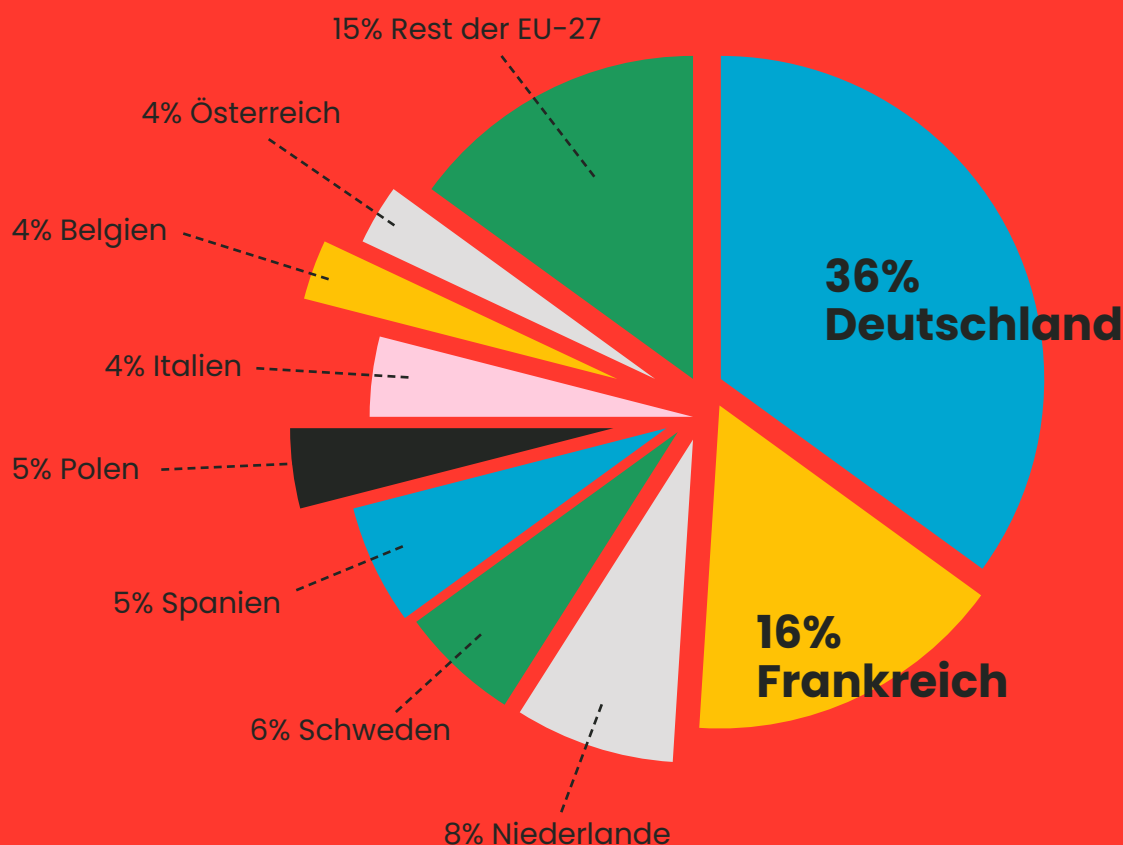
Deutsche verbringen pro Jahr ca. **911 Millionen** Nächte auf Reisen im Ausland

75,32% der Deutschen reisen mindestens einmal pro Jahr

Deutschland lag 2018 auf **Platz 6** der beliebtesten Reiseziele Europas

64,1 % der EU-Bevölkerung unternahm im Jahr 2018 mindestens eine Privatreise

Welche Europäer sind am reisefreudigsten?



Anteil der Nächte, die privat im Ausland verbracht werden, nach Nationalität.

Der Schengen-Raum

- 26 Staaten
- Reisen ohne Pass und Grenzkontrollen
- gemeinsame Visapolitik
- Seit dem Schengener Abkommen von 1985 ist die Zahl der Europäer, die innerhalb Europas Urlaub machen, stetig gestiegen



Erasmus Programm

1987: Gründung

- | Mobilität für Studierende
- | 11 Länder
- | 3.244 Teilnehmer

2014: Erasmus+

- | 14,7 Milliarden Euro Budget
- | 4 Millionen Teilnehmer (3,7% der jungen Bevölkerung)
- | davon 2 Millionen Studenten, 650.000 Auszubildende, 800.000 Mitarbeiter, 500.000 Jugendliche

2021-2027

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, das Erasmus-Budget auf 30 Milliarden Euro aufzustocken, um noch mehr Teilnehmer zu erreichen.

Erasmus Alumni

97% kommen nach dem Austausch besser mit Menschen aus anderen Kulturen zurecht

85% sind sich der gemeinsamen europäischen Werte stärker bewusst

83% fühlen sich „europäischer“

33% haben einen Lebenspartner mit einer anderen Nationalität

Interrail



1972

- | Die nationalen Eisenbahngesellschaften Europas starten ein Programm, um junge Europäer dazu bewegen, ihren Heimatkontinent zu erkunden.

2015

- | Privatinitiative zu "Erasmus für Rucksacktouristen". Alle jungen Europäer sollen einen kostenlosen Interrail-Pass für einen Monat erhalten.

2018

Start von DiscoverEU, einer EU-Initiative, die 18-Jährigen ermöglicht, einen kostenlosen Interrail-Pass zu erhalten. 350.000 junge Menschen haben sich bereits für 70.000 Reisepässe beworben.

Großer Wunsch: Mehr europäische Demokratie wagen

Nach der meistgenannten Reise- und Niederlassungsfreiheit folgt in der Assoziationskette zuerst „Frieden“, dann (hier in beliebiger Reihenfolge wiedergegeben): „Hoffnung“, „Gemeinschaft“, „Austausch“, „Werte“, „Kooperation“, „Einheit“, „Lebensqualität“, „Wirtschaftsmacht“, „Sicherheit“, „offene Gesellschaft“, „Freundschaft“, „Zukunft“, „Heimat“. Alles schöne Sachen. Nur – „Demokratie“ fällt keinem zu Europa ein, eher das Gegenteil.

„Die Leute haben kein so großes Mitspracherecht in der EU, wie sie es sich eigentlich wünschen“, urteilt Felix, 22. Edin, 21, fühlt sich bei der Europawahl so, „als würde ich ins Nichts hineinwählen“. Mehr Transparenz ist einer der Hauptwünsche an die EU-Institutionen. „Die EU müsste demokratischer werden, damit ich das Gefühl habe, dass ich Teil dieser Sache bin“, verlangt Felix, 22.

Neben der immer noch als zu schwach empfundenen Stellung des Europaparlaments hat die Kür Ursula von der Leyens zur EU-Kommissionspräsidentin bei den jungen Leuten Spuren hinterlassen. Dass die Besetzung des Chefsessels in der Brüsseler Kommissionszentrale Berlaymont von den Staats- und Regierungschefs während eines EU-Gipfels ausgekungelt wurde, sehen sie als Verstoß gegen demokratische Prinzipien. Fabian, 27, fand den ganzen Vorgang schlicht „ziemlich Scheiße“. Die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin sei zudem „in ein hohes Amt weg befördert“ worden, während sie zu Hause schon an Integrität verloren habe. Drastische Worte wählt auch Thomas, 21: „Ich finde die EU in ihrer

momentanen Form eigentlich nur eine große Verarsche.“

Ursula von der Leyen ist im Wort: Bei ihrem Amtsantritt versprach sie, den europäischen Wahlmechanismus und sein Spitzenkandidatensystem zu stärken. Die dafür geplante Konferenz zur Zukunft Europas wird sich daher mit dem Thema transnationaler Kandidatenlisten beschäftigen müssen, wie sie sich einige Diskussionsteilnehmer sehr gut vorstellen können. Auch eine Neugestaltung von Wahlkreisen über Staatsgrenzen hinweg wurde vorgeschlagen. Zusätzlich müsse das Europaparlament aufgewertet werden und das Recht zu Gesetzesinitiativen bekommen. „Die Rolle des Europäischen Parlaments müsste viel größer sein“, wünscht sich Julia, 26, denn sie hat beobachtet: „Die Leute nehmen einen Kontrollverlust wahr.“

„Es gibt ein krasses Demokratiedefizit in der Europäischen Union.“

(Tim, 32)

„Ich denke, dass letztendlich diejenigen, die in Europa wirklich das Sagen haben, wirklich von Bürgern auch gewählt werden müssen.“

(Jacob, 28)

Beständig wurde in den Gesprächen eine mangelnde Transparenz der EU und ihrer Arbeitsweise bemängelt. Marie-Antonia, 34, findet es „immer schwieriger, das Konzept EU normalen Leuten zu erklären“. Eines ihrer größten Probleme dabei sind die monatlichen Plenarsitzungen des Europaparlaments in Straßburg: „Es versteht kein Mensch, wozu das gut ist.“

„Bürokratiemonster Brüssel“ lebt in den Köpfen

Bestimmte Stereotypen über die Europäische Union sind nicht totzukriegen und pflanzen sich von Generation zu Generation fort. Felix, 24, denkt beim Stichwort EU „zuerst an einen riesigen bürokratischen Apparat in Brüssel, der undurchschaubar arbeitet und in riesigen Gebäuden sitzt“. Ganz offensichtlich tragen die ewig gleichen Fernsehbilder aus dem Brüsseler Europa-Viertel viel zu diesem Urteil bei. Konstantin, 28, führt „Europamüdigkeit und Europaträgheit“ darauf zurück, dass „alles so lange dauert, weil es so mühsam ist“.

Die Vorstellung von einer wuchernden Bürokratie mit technokratischem Selbstverständnis und intransparenten Entscheidungswegen ist weiter in den Köpfen verankert, sogar bei einem überwiegend europafreundlichen Publikum wie unseren Gesprächsteilnehmern.

Reformwille zu einer funktionstüchtigeren EU fällt in unseren Fokusgruppen auf fruchtbaren Boden. Zu lange, so eine mehrfach zu hörende Meinung, habe es dafür keine Impulse gegeben. Kevin, 28, empfiehlt, mehr auf die Ideen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron für einen Umbau der EU zu hören, denn „wer weiß, wer in fünf Jahren in Frankreich Präsident ist“.

„In Europa geht es darum, dass man diskutiert und andere Ansichten wahrnimmt.“

(Robert, 22)

Bei aller Kritik überwiegt doch die Anerkennung für das bisher Erreichte. Tobias, 23: „Die EU muss natürlich reformiert werden. Aber trotzdem gibt es keine Alternative zu ihr.“ Sie sei die „bessere Idee vom Zusammenleben“. Vielen Stimmen in unseren Debatten ist anzumerken, dass die EU nicht nur als reines Zweckbündnis gesehen wird. Es besteht die Bereitschaft, sie mit mehr Bedeutung aufzuladen, sie getreu der politischen Leitlinien von Ursula von der Leyen zu einer Union zu machen, „die mehr erreichen will“.

Frederic, 28, sieht als wesentliche bisherige Errungenschaft den „Austausch von verschiedenen Perspektiven, von dem, was uns vereint und was uns auch trennt“. „Kooperation statt Antagonismus“, beschreibt Lorenz, 24, was für ihn die EU ausmacht.

Dennoch: Über die jetzige Erscheinungsweise der Europäischen Union besteht Unzufriedenheit und Besorgnis. Wachsender Nationalismus, immer häufigeres Beharren auf Partikularinteressen, Abkehr von einst als verbindlich erachteten europäischen Werten beunruhigen viele Gesprächsteilnehmer. Es seien „viel mehr Gemeinsamkeit, viel weniger Alleingänge“ nötig, appelliert David, 25, an den Staatenbund. Der ist in den Augen von Sebastian, 31, „ein heterogenes Bündnis von 27 Staaten, die gemeinsame Werte teilen.“

„Sind wir wirklich eine Werteunion?“

(Patrick, 27)

Es überwiegen die Stimmen, die deutlich mehr von der EU erwarten, als sie bisher liefert. Wiederum Sebastian, 31: „Die EU muss endlich zeigen, was sie kann.“ Thomas, 21, bemängelt: „Die ursprüngliche Idee finde ich gut. Aber ich bin nicht damit einverstanden, wie sie umgesetzt wird.“ Man müsse „zurückfinden zu dem Versprechen, das man am Anfang gegeben hat mit der EU“, erwartet Martha, 18.

Doch was beinhaltet dieses Versprechen? Ganz offensichtlich verbindet sich für viele der Gesprächsteilnehmer mit der Europäischen Union der Auftrag, einen eigenen Weg zu finden, da sie kaum internationale Vorbilder finden. Sowohl das US-amerikanische System des Kapitalismus als auch die chinesische Staatslenkung werden stark kritisiert. Sie weisen der Europäischen Union deutlich politische Verantwortung zu und wünschen diese ausgebaut zu sehen. Umso kritischer sehen sie Tendenzen zu einer Renationalisierung einzelner Mitgliedsstaaten.

„Manchmal habe ich das Gefühl, dass Europa wieder auseinander driftet, dass jeder wieder sein eigenes Süppchen kocht und für sich sein will. Das finde ich schade, wenn man eigentlich schon so weit war.“

(Bernadette, 22)

Nur eine Minderheit hält rein wirtschaftliche Zusammenarbeit für ausreichend. Diese Position fasst Niklas, 24, zusammen: „Der Kernpunkt der Europäischen Union ist einfach, dass wir versuchen, als Völker mit einer gewissen Grundprägung, die wir ausleben können, wie wir wollen, unsere Staaten in einer globalisierten Welt an vorderer Position halten zu können, indem wir zusammenarbeiten.“ Die EU hätte seiner Meinung nach ein reiner Wirtschaftszusammenschluss bleiben sollen. Dem hält Patrick, 27, die Mehrheitsmeinung in den Gesprächen entgegen: „Es ist halt nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, immer noch. Das ist ein riesengroßes Problem.“

„Die EU steht für mich für sehr vieles. Und das macht es auch schwer. Denn sie steht für alles und nichts.“

(Julius, 21)

Auf Julian, 27, wirkt der derzeitige Zustand der Union „ziemlich frustrierend“. Sie habe Hoffnungen geweckt, aus denen nicht viel geworden sei. Das beste Mittel für sie, um Vertrauen zurückzugewinnen, sei: „dass sie auch mal Erfolge erzielt“. Abgeschaffte Roaminggebühren und Reisefreiheit reichen ihm da nicht. Als ganz großen Schritt nach vorn könnte sich Johannes, 27, vorstellen: „Alle Verwaltungsverfahren einheitlich in einer App für die ganze EU zusammenfassen.“

Aus der Euro-Krise seien nicht die richtigen Lehren gezogen worden, resümiert Felix, 24. Europa habe danach „wenig getan, um die strukturellen Probleme, die es noch gibt, zu beheben“. Stattdessen drohe die Europäische Union sich „noch mehr im Klein-Klein zu verlieren, als sie es ohnehin schon tut.“ Jacob, 28, erkennt für die EU „gute Rahmenbedingungen, auch wirtschaftlich, aber am Krisenmanagement müssen wir noch ein bisschen feilen“.

Einen wesentlichen Vorteil der EU sieht Stephan, 27, darin, dass sie zu großer Marktmacht von Unternehmen ein geballtes Gegengewicht entgegensetzen könne: „Es ist für einen Konzern leichter, ein einzelnes Land zu beeinflussen.“ Verschiedentlich wurde als Aufgabe der EU auch Steuergerechtigkeit erwähnt, die Notwendigkeit, international operierende Konzerne nicht mit ihren Steuersparmodellen davon kommen zu lassen.

„Viele Leute sehen nicht mehr, was die EU alles Gutes für uns tut.“

(Pia, 22)

Verschüttete Errungenschaften

Vielleicht, so merken etliche der jungen Leute an, ist für ihre Generation bereits verschüttet, wofür die Europäische Union nach Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedern steht: Frieden. „Was uns Europa an Mehrwert bringt, sieht eine Generation wie meine, die nie Krieg erlebt hat, als zu selbstverständlich an“, gibt Kevin, 28, zu. Andererseits beziehen sich fast alle Teilnehmer auf den Zweiten Weltkrieg. Sie haben ihn nicht selbst erlebt, die Warnung der Älteren ist aber präsent.

Die Vorteile der EU werden für viele Teilnehmer vom Agieren der Nationalstaaten in den jüngsten Krisen der EU überlagert, von Euro-Turbulenzen über das Flüchtlingsdrama bis zu Corona-Angst. „Ich glaube, dass durch die einzelnen Nationalstaaten das Konstrukt von Europa wankt“, sorgt sich Inken, 23. Zwar, so räumt Matthias, 28, ein, sei die Krise in der Union fast der Normalzustand: „Durch die Krise lebt dieses Projekt ein Stück weit.“ Doch dabei, so werfen andere ein, müsse man sich auch lernfähig zeigen. Felix, 22: „Der Umgang mit diesen Krisen bereitet mir Sorgen. Krisen sind dafür da, dass man daraus lernt.“

Weichenstellungen gefordert

Die EU, so sehen es manche, steht an einem Scheideweg. Jakob, 25, ist der Meinung, man müsse jetzt die Richtungsfrage stellen: „Sind wir eine funktionale Union oder eine politische Union?“. Im Moment stelle die EU nur „so ein Mittelding“ dar. „Wie viel Europa will man insgesamt haben? Man kann dazu unterschiedliche Meinungen haben, aber man muss tatsächlich auch mal zu einer Entscheidung kommen.“

Noch, so beobachtet Thomas, 27, sei die EU „ein Riese im Zwergengewand“: „Keine Einigkeit, Zerstrittenheit, aber viel Potenzial.“ Der künftige Kurs bleibt nicht nur im Kreis der Staatenlenker von

Lissabon bis Bukarest umstritten, sondern auch unter unseren Gesprächspartnern. Die Idee eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten findet dabei Befürworter. Man sollte „allen Ländern ihre Zeit geben, die sie brauchen“, verlangt Niklas, 24.

Graduierte und mehrschrittige europäische Integration, Koalitionen der Willigen je nach Themengebiet, finden in den Fokusgruppen Zuspruch. Thomas, 21, sieht den Ausweg darin, erst einmal eine Art Kerneuropa noch enger zusammenzuführen, mit den „kulturähnlichsten Staaten“. Julia, 26, schlägt vor, man müsse zunächst

ein „größeres gemeinschaftliches Identitätsgefühl für Europa aufbauen“. Konstantin, 28, hält für eine der größten Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu zeigen, „dass eben doch viel Europa in uns allen ist“.

Der Eine oder die Andere raten hier aber auch von zu viel Eifer ab. Obwohl der Grundtenor der meisten Antworten ist, dass man eben mehr und nicht weniger EU brauche, warnt zum Beispiel Marvin, 24, vor „dem kläglichen Versuch, alles in einen Topf zu schmeißen“. Aischa, 35, macht sich Sorgen um eine zu schnelle Ausweitung der Euro-Zone: „Wenn es zu viele gibt, die den Euro haben, steuert man auf eine wirtschaftliche Krise zu.“

„Kein Land sollte seine Essenz verlieren. Wir haben unsere Heimat. Das ist sehr tief in uns.“

(Paula Tatiana, 26)

Kann Europa Heimat sein? Oder werden?

Was ist das, Heimat, und wie definieren junge EU-Bürger in Deutschland sie? Fühlen sie sich vornehmlich als Europäer? Deutsche? Baden-Württemberger oder Schwaben? Kreuzberger oder Wrangelkiez-Bewohner? Auch danach haben wir gefragt und eine Fülle unterschiedlicher Antworten erhalten.

Da ist die „Weltbürger“-Fraktion, am umfassendsten vertreten von Marvin, 24: „Ich fühle mich als Teil des globalen Kosmos.“ Dann gibt es jene, die sich zuvörderst und ohne Zögern als „Europäer“ oder „EU-Bürger“ betrachten. Dominic, 25, hält das angesichts der vielfältigen Angebote der EU auch für ganz logisch: „Wenn ich das alles in Anspruch nehme, dann bin ich auch Europäer.“

„Ich würde nicht lange zögern, meinen deutschen Pass gegen einen europäischen Pass einzutauschen.“

(Markus, 33)

Viele bekennen sich aber auch zu ihrer deutschen Identität – manchmal notgedrungen, weil sie im Ausland nun einmal als Deutsche wahrgenommen werden. „Als Deutsche will man vielleicht nicht so stolz auf seinen Patriotismus sein, selbst wenn man ihn hat“, wirft Ricarda, 25, ein. Inken, 23, fühlt sich zwar als Weltbürgerin. Jedoch stellt sie fest, dass ihr als Deutscher anderswo „eine gewisse Art von Macht zugeschrieben“ werde. Liv, 26, hat eine besondere Sprachregelung für sich selbst gefunden: „Ich sage nicht, ich bin Deutsche, sondern: Ich komme aus Deutschland.“

„Ich fühle mich ganz klar als Deutscher“, sagt hingegen Niklas, 24. „Eine europäische Identität wäre vollständig übertrieben.“ Thomas, 21, sieht sich am ehesten als Deutscher, „mit Europäer und Schwabe knapp auf dem zweiten Platz“. Grundsätzlich aber habe er „andere Sachen, über die ich mich definiere“. Domokos, 19, lebt in Deutschland, erklärt aber: „Ich bin Ungar, und dadurch, dass ich Ungar bin, bin ich auch Europäer.“

„Ich bin als Erstes Mensch. Als Zweites dann Deutscher.“

(Edin, 21)

Manchem ist die lokale Verankerung sehr wichtig: Der Rheinländer bleibt eben doch Rheinländer, das wird ihm spätestens zur Karnevalszeit bewusst. Kai, 22, empfiehlt diese Einstellung für die gesamte EU-Politik: „Regionen, Kommunen, dann Nationen, dann Europa“. „Ich komme aus dem Ruhrgebiet weg. Das ist meine erste Antwort. Nebenbei ist meine Identität noch Deutscher und EU-Bürger“, bekennt sich Manuel, 28, zu seiner

Herkunft. Marie-Antonia, 34, fühlt – mit einer Nuance – ähnlich: „Ich bin Berlinerin zuerst. Europäerin danach, und als Allerletztes fühle ich mich als Deutsche.“

Die Herausbildung einer gemeinsamen EU-Identität können einige der jungen Mitglieder unserer Fokusgruppen auch in ihrer Generation noch nicht erkennen. Leila, 22, fühlt sich zwar als Europäerin, glaubt aber, dass das nur sehr wenige Leute tun. Und Constanze, 34, sagt voraus: „Es wird noch eine Weile dauern, bis man sich weltweit als EU-Bürger vorstellt.“

Die Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA sind für etliche Mitwirkende bei unseren Befragungen zwar ein schöner Traum, den sie durchaus selbst hegen. Für besonders realistisch halten sie ihn aber nicht. Vereinzelt fehlen ihnen auch starke europäische Symbole und Traditionen, ganz offensichtlich ist der 9. Mai als Europatag nicht ausreichend. Thomas, 21, beschwert sich: „Die EU sollte sich auf jeden Fall besser präsentieren. Es gibt nichts, wo man wirklich hinschaut und sich denkt: Ja, das ist die EU.“

Wo endet Europa?

Etlichen Teilnehmern unserer Gesprächsrunden war es wichtig, die Begriffe Europa und EU nicht synonym zu verwenden. Unter Hinweis auf den Westbalkan und die Ukraine erinnert Manuel, 28, daran, wie es ist, „wenn man vor der Tür lebt und trotzdem nie rein darf“. Er wünscht sich: „Es wäre schön, die EU-Karte und die Europakarte übereinander legen zu können.“ Andererseits mahnten viele, dass sich die Mitgliedsländer schon jetzt kaum einigen können, wie solle das mit noch mehr Ländern möglich sein?

Kurzgefasst:

Freizügigkeit und Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen sind für junge Europäer aus Deutschland der entscheidende Vorteil der Europäischen Union. Die Abläufe in den EU-Institutionen wünschen sie sich transparenter, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger größer. Sie verlangen mehr Rechte für das Europaparlament, eine größere Verbindlichkeit des Wählervotums bei der Europawahl und pochen auf das Spitzenkandidatenprinzip. Die Botschaft einer „Union, die mehr erreichen will“, fällt bei ihnen auf fruchtbaren Boden. Sie wünschen mehrheitlich mehr politische Integration und halten eine baldige Grundsatzentscheidung darüber für nötig, gegebenenfalls auch das Instrument eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten. Eine allumfassende europäische Identität oder gar die Vereinigten Staaten von Europa sehen sie in weiter Ferne, auch wenn viele von ihnen sich (bei individuell starker regionaler Verwurzelung) spontan zuerst als Europäer fühlen und sich das auch wünschen.

Kapitel 4: Deutschlands Vergangenheit und Europas Zukunft

Ist Deutschland ein Land wie jedes andere in Europa? Oder nimmt es eine besondere Stellung ein? Bedingen seine pure Größe und wirtschaftliche Leistungskraft ebenso eine Sonderrolle wie seine belastete Geschichte? Die Antworten auf unsere Fragen weisen der Bundesrepublik eine klare politische und geschichtliche Verantwortung für das Wohlergehen Europas zu, für die die EU-Ratspräsidentschaft als große Chance gesehen wird.

Wirtschaftskraft verpflichtet

„Deutschland war von Anfang an eine treibende Kraft und profitiert extrem von der Europäischen Union.“

(Eva, 22)

„In Europa ist die wirtschaftliche Säule Deutschland!“

(Paula Tatiana, 26)

Aus der außergewöhnlichen Stärke der Bundesrepublik wie auch den Vorteilen, die sie aus der Europäischen Union zieht, erwächst für viele der Gesprächsteilnehmer eine einzigartige Verpflichtung. Birte, 31, beschreibt sie so: „Deutschland ist ein sehr reiches Land und hat deshalb schon eine besondere Verantwortung.“

Eine Benchmark-Funktion folgt für Konstantin, 22, aus der Integrationsleistung der deutschen Wiedervereinigung. Immerhin bleibt es eine der großen Zukunftsaufgaben der EU, den mittelosteuropäischen Staaten weiter bei der Überwindung ihres planwirtschaftlichen Erbes zu helfen. Die deutschen Erfahrungen sind hier einzigartig, da die DDR das einzige Land des ehemaligen Warschauer Pakts und Comecon war, das mit einer leistungsfähigen kapitalistischen Volkswirtschaft verschmolz. Die Erfahrungen aus diesem Prozess könnten auch für die europäische Ebene hilfreich sein. In diesem Zusammenhang schlägt Domokos, 19, vor: „Das Europäische Parlament sollte auch mal im östlichsten Teil der EU tagen, irgendwo schön auf dem Land, damit sie sehen, was für Zustände es in Mittel- und Osteuropa noch gibt.“

Patrick, 27, glaubt, dass gerade die Bundesrepublik zu größerer Solidarität verpflichtet sei. Das sieht er nicht immer gewährleistet: „Wenn es um die Finanzkrise geht, dann sehe ich die Rolle Deutschlands sehr negativ.“ Felix, 22, hat dafür einen persönlich Schuldigen ausgemacht: „Das Verhalten Wolfgang Schäubles (des damaligen deutschen Finanzministers, Red.) in der Euro-Krise hat der EU sehr geschadet.“



Deutschland ist fest in der EU verankert

Für so gut wie ausgeschlossen halten nahezu alle Gesprächsteilnehmer, dass Deutschland jemals aus der Europäischen Union austreten könnte. Die Argumente für diese Auffassung sind vielfältig, an erster Stelle steht der große wirtschaftliche Nutzen, den die Bundesrepublik von der EU-Mitgliedschaft hat, die Vorteile, die der Euro dem exportorientierten Land bringt. Häufig wird auch darauf verwiesen, dass der Rückhalt für die EU unter den Bürgern der Bundesrepublik groß sei, selbst die AfD habe das zur Kenntnis nehmen müssen und ihr Programm für die Europa-Wahl 2019 entsprechend abgemildert.

Dexit, also EU-Austritt Deutschlands? „Da würden wir uns selbst ins Bein schießen“, hält Tim, 32, fest. Sebastian, 31, hält einen Sonderweg der Bundesrepublik schon aus geographischen Gründen für schwer vorstellbar: „Deutschland spielt eine wichtige Rolle, weil es im Herzen Europas liegt.“ Fabian sagt für den unwahrscheinlichen Fall eine deutschen EU-Austritts voraus: „LKW-Fahrer würden unsere Autobahnen blockieren.“

Die Vergangenheit als Mahnung

Die Überzeugung von einer Sonderrolle Deutschlands leitet sich auch aus dem belastenden Vermächtnis der Weltkriege und der nationalsozialistischen Diktatur her. Es gibt nur wenige Stimmen wie die von Mark, 23, der der Meinung ist: „Die Vergangenheit ist vorbei. Jetzt interessiert das niemanden mehr.“ Carlos, 22, hingegen mahnt: „Man kann sich gar nicht genug bewusst machen, wie viel Frieden hier bedeutet.“ Dafür habe Deutschland eine besondere Verantwortung, weil es zwei Weltkriege angefangen habe, die schließlich zum Friedensprojekt EU geführt hätten.

„Eigentlich hat uns unsere Dummheit im Weltkrieg dazu verholpen, dass wir heute die größte Wirtschaftsposition in Europa innehaben.“

(Marvin, 24)

Aus dem europäischen Projekt ziehen unsere Gesprächspartner die Hoffnung auf einen geglückten Versuch, aus der Vergangenheit zu lernen. Sie messen Deutschland eine Beispielfunktion bei dem Bemühen zu, früheren Irrwegen des Nationalismus und der Aggression nicht mehr zu folgen. Bernadette, 22, ist froh, „dass wir daraus gelernt haben und dass die Anderen nicht denselben Fehler machen müssen“. Die Ansicht, dass die NS-Zeit nicht nur den Deutschen als abschreckendes Exempel dienen sollte, ist tief verwurzelt. „Wir sind ein krasses Beispiel dafür, was passiert, wenn nationale Interessen zu groß werden“, mahnt Robert, 22. Julia, 21, leitet daraus die Pflicht zu einer „moralischen Vorreiterrolle“ Deutschlands in Europa ab.

Manche und mancher glaubt jedoch nicht vorbehaltlos an rein freiwillige deutsche Läuterung und vollständige Versöhnung. Eva, 22, zeigt sich zufrieden darüber, dass Deutschland in der EU „am besten gezähmt und gebändigt“ sei. Felix, 24, findet es immer noch „eigentlich ein Wunder, dass unsere Nachbarländer uns das alles verziehen haben oder zumindest bereit sind, in der Europäischen Union mit uns zusammenzuarbeiten.“

Ob wirklich alles vergeben ist, bezweifelt Lorenz, 24: „Was Aussöhnung angeht, kann noch sehr, sehr viel passieren.“ Es gebe „alte Wunden, die einfach noch da sind“. Das habe die Griechenland-Krise gezeigt. Diese Wunden vermutet Eva, 22, 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auch in den Deutschen selbst noch: „Ich glaube, dass die Gräueltaten der NS-Zeit immer noch in uns weiterleben.“ Deshalb kann sich zum Beispiel Sarah, 22, nicht vorstellen, in anderen Ländern zu erzählen, dass sie „superstolz“ darauf sei, Deutsche zu sein. Das sei bei anderen Nationen anders. Da die letzten Zeitzeugen der NS-Diktatur bald nicht mehr am Leben sein werden, schlägt Sebastian, 31, vor, jede Schulklasse einmal ein ehemaliges Konzentrationslager besuchen zu lassen: „Man darf das nicht in Vergessenheit geraten lassen.“

„Wir werden als Deutschland die Vergangenheit immer mit dabei haben.“

(David, 25)

„Okay, wir haben Scheiße gebaut. Ihr wisst, wovon ich rede. Ich finde es einen schönen Ansatz, dass wir wenigstens nicht vergessen.“

(Lars, 33)



Deutsches Fingerspitzengefühl gefragt

Ob gerade die Bundesrepublik im Kreis der EU-Partner immer richtig auftritt, war in den Fokusgruppen vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft umstritten. Teresa, 22: „Ich habe das Gefühl, dass Deutschland die Kraft ist, die versucht zu vermitteln.“ Die Gegenposition bezieht Annabella, 26: „Ich glaube, dass wir in den letzten zehn Jahren ganz schön dominant waren.“

„Es ist schon krass, welche Macht Deutschland in der EU hat.“

(Lorenz, 24)

Daran findet nicht jeder etwas falsch – vorausgesetzt, diese Macht wird für die richtigen Zwecke eingesetzt. „Wenn es ein gutes Ziel gibt, für das es sich lohnt zu kämpfen, dann sollte man auch seinen Einfluss in die Waagschale werfen“, empfiehlt Kai, 22. Doch aufgrund der Größe Deutschlands und seiner schwierigen Vergangenheit erscheint es vielen angeraten, dabei sehr vorsichtig vorzugehen, auch wenn andere Staaten verschiedentlich sogar erwarten mögen, dass die Bundesrepublik mehr Führungsstärke beweist. Gerade für die EU-Ratspräsidentschaft 2020 hatte Berlin sich dieser alten Diskussion wieder zu stellen: Wie viel Engagement ist gewünscht, welche Einflussnahme wird als bevormundend erfahren?

„Deutschland ist ein besonderer Fall.
Aber alle anderen 26 Mitgliedstaaten auch.“

(Konstantin, 28)

Leila, 22, findet Mäßigung angebracht: „Es ist nicht nur unsere eigene Party. Wir müssen auch gucken, dass wir die anderen Mitgliedstaaten mitnehmen und sie ihre Interessen gut vertreten lassen.“ Inken, 23 spricht sogar von „Demut“, die Deutsche oft an den Tag legen. Dabei haben sie Julia, 26, zufolge durchaus Leistungen vorzuweisen: „In gewisser Weise hat Deutschland schon gezeigt, dass wirtschaftlicher Wandel,

wirtschaftlicher Aufstieg und auch Außenpolitik, wie sie geführt wurde in Deutschland, dazu beigetragen hat, dass wir jetzt diese wichtige Rolle in Europa haben.“ Nach dem Geschmack von Fabian, 27, hat deutscher Ordnungssinn sich in den Strukturen der EU schon zu prominent verewigt: „Die EU ist ein schönes Beispiel für deutsche Bürokratie auf europäischem Level.“



Verhaltener Optimismus für die Zukunft

Wie sieht die Zukunft der EU aus? Moritz, 20, antwortet lakonisch: „Nicht unbedingt anders als die Gegenwart.“ Christian, 28, glaubt: „Es wird zwischenzeitlich noch zu weiteren heftigen Krisen kommen, bis die EU nach einigen Generationen stabil wird.“ Auch Lukas, 24, macht darauf aufmerksam, dass der Krisenmodus nahezu der Normalzustand sei: „Die Europäische Union steht vor zahlreichen Herausforderungen – was nicht neu ist.“ Sie müsse die innere Integration stärker vorantreiben, ein Auseinanderdriften verhindern.

Einige wenige Skeptiker können sich ein Auseinanderbrechen der EU vorstellen, wenn die Tendenzen zu Nationalismus und Eigennutz zunehmen. Nicht nur Eva, 22, sieht „das Erstarken von nationalistischen Einstellungen als Bedrohung des europäischen Projekts“. Für ein weiteres Grundproblem hält Constanze, 34, das, was im EU-Jargon „Blame Game“ genannt wird, die Rolle der Kommission als bequemer Sündenbock für nationale Regierungen: „Misserfolge werden nach Brüssel abgeschoben und Erfolge der eigenen Politik zugesprochen.“

„Das Wichtigste ist, dass Europa erstmal mit sich selbst im Reinen ist.“

(Tim, 32)

„Es geht immer eher darum: Was kann ich jetzt für mein Land rausholen?“

(Birte, 31)

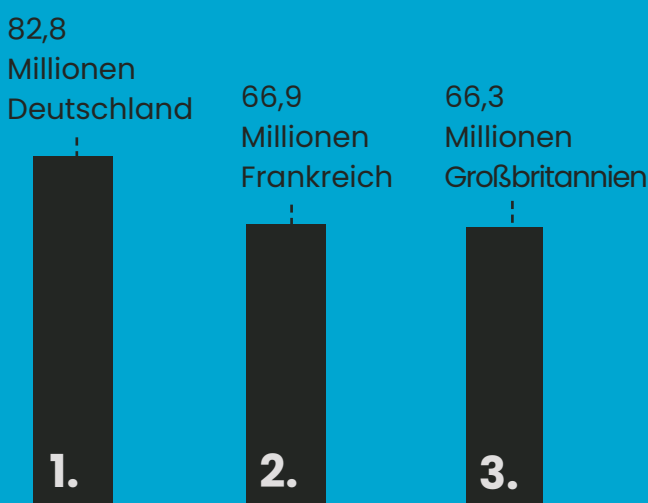
Was ist die Rolle Deutschlands in der EU?

Quellen: Eurostat; Website der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss & Europäischen Ausschuss der Regionen (2019-2020)

- Die EU besteht aus zahlreichen Institutionen, kein Mitgliedsland kann allein entscheiden.
- Als Gründungsmitglied der EU, hat Deutschland zusammen mit **Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg** von Anfang an mitbestimmt.

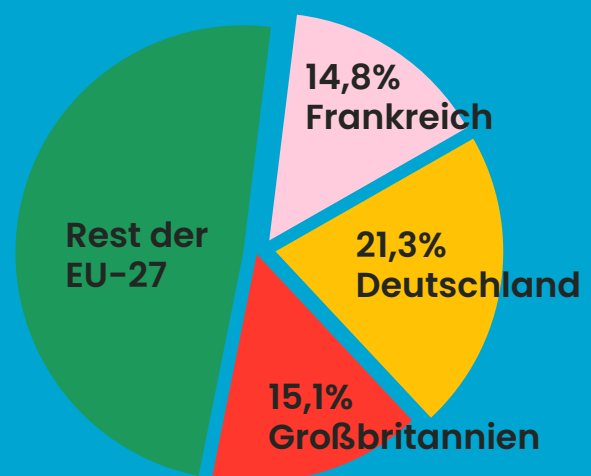
Deutschland hat

die meisten Einwohner



512 Millionen EU-28

...und die stärkste Wirtschaft
15.877 Milliarden Euro



(Anteil am Bruttoinlandsprodukt 2019)



Deutschland hat

96 von 751 Abgeordnete im Europäischen Parlament, **4 der 6** größeren Fraktionen werden von Deutschen angeführt

2020 den wechselnden Vorsitz im Rat der Europäischen Union

2019 die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen gestellt

23 von 326 Vertreter im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

21 von 321 Vertreter im Europäischen Ausschuss der Regionen

25,267 Mrd. € zum EU-Haushalt beigetragen, das entspricht **0,35%** der deutschen Wirtschaftsleistung

12,054 Mrd. € von der EU erhalten (2019)



Wirtschaft und Handel

59% der deutschen Exporte gehen in EU-Länder

66% der Importe nach Deutschland kommen aus EU-Ländern



Großbritannien wird jetzt schon vermisst

Der Brexit stößt durchweg auf ein negatives Echo, teils mit süffisanten Kommentaren. So fragt sich Fabian, 27, ob in 20 Jahren eine Zeitungsschlagzeile vielleicht lauten werde: „Sollen wir Großbritannien wirklich wieder aufnehmen?“ Marie-Antonia, 34, könnte sich auch die Überschrift vorstellen: „Nach Wales und Schottland tritt jetzt auch England den Vereinigten Staaten von Europa bei“.

Großbritannien wird vermisst, jetzt schon. Neben gelegentlichem Sarkasmus gibt es eine übergroße Sehnsucht, dieses verlorene EU-Mitglied zurückzuholen. „Ich glaube, dass wir noch gar nicht richtig begreifen können, was der Brexit eigentlich bedeutet“, vermutet Frederic, 28. Constanze, 34, hat davon jedoch schon eine Vorstellung: „Der Brexit kann nach dem ersten Schock eine Chance sein für Reformen in der EU.“ Laura, 22, sieht einen weiteren positiven Aspekt: Die Diskussion um den Brexit habe klar gemacht, was alles dazugehöre zur EU-Mitgliedschaft und wie viele Privilegien damit verbunden seien. Lars, 33, plädiert sogar dafür, es den Briten jetzt „so schwer wie möglich zu machen“. Julian, 27, tröstet sich: „Der Brexit war etwas Einmaliges.“ Die Briten seien immer ein Sonderfall gewesen, stimmen ihm andere Gesprächsteilnehmer zu. Der Weggang der Insulaner sei aber ein Warnschuss und müsse zu denken geben.

Mehr Chancen, aber auch mehr Risiken auf dem Lebensweg

In ihre eigene Zukunft blicken die jungen Leute ganz überwiegend optimistisch, wenn sie auch nicht alle mehr sicher sind, ob sie den Lebensstandard ihrer Eltern halten oder gar übertreffen können. Corona machte auch hier einen Unterschied, die vielerorts befürchtete Wirtschaftsrezession durch die Pandemie lässt unsere Gesprächsteilnehmer sich über ihre Chancen im Berufseinstieg sorgen. Felix, 22, sieht einen großen Unterschied zwischen dem Berufsstart seiner Eltern und seinem eigenen: Sie seien nach dem Studium ins Wirtschaftswachstum hineingegangen, für ihn sehe es vermutlich anders aus. Er fragt sich: „Wieviel besser soll es denn – zumindest für einen großen Teil der Bevölkerung – noch werden?“

Domokos, 19, sieht den Unterschied zur Jugend seiner Eltern so: Früher habe man vielleicht nicht so große Pläne gehabt, „aber man wusste, man bekommt Arbeit“. Er fasst zusammen: „Ich habe mehr Chancen. Aber auch mehr Risiken.“ Ricarda, 25, wundert sich, wie wenig ihre Auslandserfahrung bei der Jobsuche wert zu sein scheint: „So richtig will das doch niemand haben.“ Selbst akademische Abschlüsse, verbunden mit Auslandserfahrung, sind kein Garant für eine unmittelbare Beschäftigung mehr, wie Dominic, 25, berichtet: „Ein Studium ist inzwischen nicht mehr die Kür, sondern einfach nur das Soll.“

Die Zukunft, so befindet Liv, 26, habe „große Potenziale in beide Richtungen“.

„Ich glaube, dass es so langsam auch mal enden kann damit, dass es uns generationsübergreifend immer besser geht.“

(Annika, 22)

Die derzeitige gesellschaftliche Umbruchsituation, ausgelöst durch Digitalisierung, politische Polarisierung, Behauptungsprobleme des Multilateralismus, Veränderung der Machtgewichte in der Welt, Abkehr von früher sicher geglaubten Wahrheiten wie der westlichen Wertegemeinschaft und obendrein Corona-Krise löst aber nicht nur Besorgnis aus. Frederic, 28, versteht sie durchaus als Chance: „Es sind auch Zeiten, in denen man etwas bewegen kann.“

In die Vorstellungen vom eigenen Vorankommen mischt sich Ungewissheit über die künftige Gestalt der Welt. „Die Welt wird offensichtlich keine bessere, leider“, ist Thomas, 27 enttäuscht. Tim, 32: „Ich mache mir Sorgen über die Weltlage, darum, wie es mit uns allen weiter geht.“ Vielleicht, so befürchtet er, „fühlen wir uns sicherer, als wir es tatsächlich sind“. Einen Glücksindex für das Wohlergehen der Bevölkerung hält er für eine „coole Sache“, denn man solle nicht alles am Bruttoinlandsprodukt fest machen. Für eine bessere Zukunft des Planeten wünscht sich Carlos, 22, daher: „Hoffentlich hört Wachstum langsam auf, die Priorität zu sein.“

Blick in die Schlagzeilen von morgen

Wir fragten unsere Gesprächspartner auch, welche Schlagzeilen über die EU sie in 20 Jahren erhoffen oder befürchten. Eine Auswahl:

- Annika, 21: „Großbritannien als letztes Land Europas zurück in der EU!“
- Pia, 22: „Endlich klimaneutral!“
- Markus, 33: „Letzte nationale Grenzen gefallen!“
- Lars, 33: „EU ist bald die ganze Welt!“
- Jakob, 25: „Wir haben die Bologna-Ziele komplett nach unseren Wunschvorstellungen umgesetzt!“
- Robert, 22: „80 Jahre EU und immer noch kein Krieg!“

Teresa, 22, kann sich zwei widerstreitende Schlagzeilen vorstellen, wovon die zweite ihr wesentlich lieber wäre: „EU den Bach runtergegangen!“ und: „EU auf dem Höhepunkt ihres Daseins – hat in ganz vielen internationalen Konflikten vermittelt!“



Kurzgefasst:

In den Augen der Befragten hat die Bundesrepublik Deutschland, die sie unauflöslich in der EU verankert sehen, für das Gelingen der europäischen Integration eine besondere Verpflichtung. Dies leiten sie aus der zentralen Stellung des Landes in Europa, seiner Gründungsmitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und seinem geschichtlichen Vermächtnis ab. Für ihren persönlichen Lebensweg stellen sie sich auf größere Risiken ein, als ihre Eltern erwarteten, aber auch auf mehr Chancen. Die Zukunft der EU und der Welt beurteilen sie vorsichtig optimistisch, sehen jedoch auch die Gefahr, dass das europäische Projekt an nationalen Egoismen scheitern könnte. Der Brexit gilt ihnen dabei als Menetekel.

Fazit: Schicksalsfrage Klimawandel, Sorge um die Weltlage

Was bewegt junge Europäer in Deutschland? Was bedeutet ihnen die EU? Mit unseren interaktiven Fokusgruppengesprächen jenseits von herkömmlichen Meinungserhebungen haben wir an der Schwelle zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Frühjahr 2020 ein vielfältiges, aber eindeutiges Bild erhalten: Europa muss mehr tun, und das schnell. Europa ist ein Versprechen und deshalb eine Hoffnung. Vielleicht nicht nur für uns Europäer, egal in welchem Lebensalter.

Wir haben denen eine Stimme gegeben, die einen großen Teil des Rests ihres Lebens vermutlich mit den Folgen von Weichenstellungen verbringen müssen, die im Schicksalsjahr 2020 in rapider Folge vonnöten waren: wegen der nicht mehr zu verleugnenden Gefahren des Klimawandels. Wegen der Corona-Pandemie. Wegen ihrer wirtschaftlichen Folgen. Wegen der Notwendigkeit, nachhaltiger zu wirtschaften, Wertschöpfung anders zu definieren, um Ressourcen und natürliche Lebensgrundlagen für alle auf diesem Planeten zu sichern. Wegen der Flüchtlingsströme, die Folge der Vernachlässigung vieler globaler Probleme sind. Wir haben gefragt, weil junge Menschen eine lebenswerte Zukunft haben wollen. Und ihre Kinder auch.

Alle Beteiligten an unseren Gesprächen bringen hohes Interesse an politischen Themen mit. In der Rangfolge der Bedeutung stehen Klima- und Umweltschutz dabei weit an der Spitze. Darüber hinaus lag den 100 Teilnehmenden vor allem das Schicksal der Flüchtlinge vor Europas Grenzen am Herzen. Sie können die EU als Werteprojekt angesichts dieser Misere

kaum mehr ernst nehmen. Unsere Gesprächspartner wollen eine EU, die sich international aber auch vor der eigenen Haustür für mehr Gerechtigkeit einsetzt, das schließt für sie Bereiche wie Umweltpolitik, den Umgang mit Flüchtlingen aber auch soziale Fragen mit ein.

Die EU steht in Bezug auf ihre Migrationspolitik vor der schwierigen Aufgabe, bei ihren jungen Bürgern Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Unter ihnen klingt Sorge über die Aussichten für die weitere gesellschaftliche Entwicklung und die Weltlage an. Sie befürchten eine Verschärfung der Konflikte, ohne allerdings direkte Kriegsangst zu äußern.

„Ich habe keine Angst, um meine Oma zu zitieren, dass der Russe kommt.“

(Fabian, 27)



Hohe EU-Akzeptanz

Unsere Gespräche fanden mit einer Generation statt, die nichts anderes als die EU kennt, teilweise sogar auch nur den Euro. Diese EU ist fest als Lebenswirklichkeit mit immensen Vorteilen in ihr verankert und im Prinzip voll akzeptiert. Sie kann sich Deutschland nicht ohne die EU vorstellen, die EU nicht ohne Deutschland. Wie selbstverständlich nutzen sie die vielen Vorteile der EU wie die Reise- und Niederlassungsfreiheit und sind sich ihrer Privilegien bewusst. Vor allem die geschlossenen Grenzen während der Corona-Pandemie hat vielen noch einmal vor Augen geführt, wie sehr sie ihr Europa ohne Grenzen schätzen.

„Es ist immer noch einzigartig, wie weit wir gekommen sind!“

(Julia, 26)

„Wir können es uns einfach nicht leisten, nur in einer Sprache oder einer Kultur zu denken.“

(Aischa, 35)

Ruf nach demokratischeren Strukturen der EU

Die Generation Erasmus fühlt sich als Bestandteil einer europäischen Schicksals- und Hoffnungsgemeinschaft, die immer weiter zusammenwachsen sollte, dabei aber mehr Augenmerk auf die Beteiligung ihrer Bürger an diesem Prozess legen muss. Den EU-Institutionen wird ein klares Demokratiedefizit bescheinigt. Abschreckendes Beispiel dafür waren die Umstände, unter denen die europäischen Staats- und Regierungschefs Ursula von der Leyen nach der Europawahl 2019 auf den Chefsessel der EU-Kommission hievt. Das haben unsere Gesprächsteilnehmer nicht vergessen.

Hinzu gesellt sich eine allgemeine Unzufriedenheit mit den Angeboten für politische Partizipation nicht nur auf europäischer, sondern auch auf nationaler Ebene. Es hat sich der Eindruck



verfestigt, dass klassische Parteipolitik zu viel von persönlichem Ehrgeiz und Bürgerferne bestimmt ist. Der Mitarbeit in einer politischen Partei begegnen die jungen Leute in unseren Gesprächen überwiegend mit Misstrauen, bewerten sie als zu wenig realitätsnah, zu weit weg von den Menschen, zu sehr auf individuelle Parteikarrieren ausgerichtet. Sie geben kommunalem und ehrenamtlichem Engagement den Vorzug. Hoch ist auch der Aktivitätsgrad in europapolitischen Zusammenhängen beziehungsweise im innereuropäischen Jugendaustausch.

Die Grundüberzeugung fast ausnahmslos aller, die uns ihre Meinung

schenken, von der EU, ihrem Sinn und Zweck, ist felsenfest. Sie wird in ihrer jetzigen Form jedoch als unzureichend und bedroht erfahren. Deutschland wird eine klare Verantwortung zugewiesen, daran etwas zu ändern. Junge Europäer in Deutschland hegen zu einem großen Teil die Hoffnung, dass ihre Heimat aus den Verfehlungen der Vergangenheit gelernt hat und diesen Erkenntnisprozess positiv in den europäischen Integrationsprozess einbringen kann. Damit verbinden sie den klaren Auftrag an die Bundesrepublik, sich nicht nur moralisch zu engagieren, sondern auch ihre wirtschaftliche Stärke solidarisch in die Waagschale zu werfen.

Zuversicht und Zweifel

Die Zukunft der EU beurteilen die jungen Leute nur vorsichtig optimistisch. Mit wachsender Betroffenheit sehen sie eine Zunahme nationaler Alleingänge und Abweichungen von den EU-Vorgaben für Rechtsstaatlichkeit. Grundsätzlich halten sie das Friedensprojekt EU für ein ausbaufähiges Modell zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, das international als Vorbild dienen kann. Sie richten sich auf eine verschärfte Konkurrenz Europas mit anderen globalen Playern wie China, Russland und den USA ein. Dabei müsse die EU nicht nur unter Beweis stellen, dass sie die gebündelten Interessen ihrer Mitgliedstaaten bewahren könne, sondern auch mehr moralische Verantwortung für die Besserung der Zustände auf dem Globus übernehmen.

Deutschlands Rolle in der EU messen alle Beteiligten eine besondere Bedeutung zu. Es hält sich dabei

sehr die Waage, ob diese Zuordnung auf der deutschen historischen Verantwortung für die Weltkriege beruht, auf der Gründungsmitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der geographischen Lage der Bundesrepublik in der Mitte Europas oder ihrer schieren Größe und Wirtschaftskraft.

Über die Frage einer europäischen Identität sind die Urteile gespalten. Etliche Gesprächsteilnehmer bekennen sich als „Europäer“ und stellen andere nationale und regionale Verankerungen hinten an. Wieder andere heben gerade diese in den Vordergrund, da die Verbundenheit mit der lokalen Ebene wichtig und identitätsstiftend sei. Aber eines ist klar: Sie alle wollen Europa. Ein besseres, noch während ihrer Lebensspanne. Sie sind bereit, dafür etwas zu tun. Wenn man ihre Stimmen hört. Hier sind sie.

